



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922**

131 (18.3.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-202566](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-202566)







nach eine positive Leistung hinzukommen, für die Dr. Hermes gestern die Mitarbeit des Reichstages erbat. Es muß ernst gemacht werden mit äußerster Sparsamkeit und mit dem Verzicht, den deutschen Haushalt unbedingt wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Das Sicherungsprogramm in der Deutschen Volkspartei zeigt den Weg, den man zu diesem Zweck einschlagen muß. Es kommt jetzt darauf an, ihn auch zu beschreiten. Nur wenn das geschieht, können wir übermäßigen Forderungen der Entente mit Aussicht auf Erfolg entgegenzutreten.

**Deutsche Volkspartei und Steuerkompromiß.**

□ Berlin, 18. März. (Von unserem Berliner Büro.)

Wir sagten gestern, es sei das schärfste D. daß unter so geringer Teilnahme des Hauses die Beratungen eines so wichtigen Gesetzeswerkes, wie die Steuerprojekte, es sind, begonnen haben. Gestern nun bot sich das selbe Bild, und nicht nur im Saale herrschte Ruhe und Weere, auch die Regierungsempore war unendlich verwaist. Es mag zur Entschuldigung angeführt werden, daß die eigentliche Arbeit bereits hinter den Kulissen, in den Ausschüssen, geleistet worden ist, und daß im Plenum an dem Stand der Dinge voraussichtlich doch nicht viel mehr sich ändern werde. Aber auch wenn man dies zugibt — glaubt der Reichstag, glaubt die Regierung auf die äußere Wirkung gänzlich verzichtet zu dürfen? Kennt man bei uns in Deutschland die Bedeutung des Parlaments als Schaubühne nicht? Ist man sich nicht bewußt, daß die Volkserziehung vor der Öffentlichkeit auch repräsentative Pflichten zu erfüllen hat? Ein Parlament, das für sich selbst so erschreckend wenig Interesse aufbringt, darf sich letzten Endes nicht wundern, wenn es im Lande und gar erst darüber hinaus kaum noch ein schwaches Echo seiner Verhandlungen findet. Auch wird die Sache nicht besser dadurch, daß die Regierung der Abgeordneten sich wie es scheint zwar im Hause aufhält, gerade den Sitzungsstol aber wie das hollische Feuer meidet. Der Abg. Dr. Becker von der Deutschen Volkspartei, der wirklich nicht zu den mittelmaßigen Rednern zählt, sondern auch abgedrübte Berufskollegen zu feilschen vermag, tut vollkommen recht daran, daß er sich weigerte, vor leeren Bänken zu sprechen und die Andauerung einer neuen Sitzung beantragte. So gelang es durch lauten Zwang, das Vakuum zu beheben. Aber nicht lange darnach setzte ein neuer Verklärungsprozess ein, sobald sich den Kommunisten, die nur darauf gewartet hatten, erneuter Anlaß zur Obstruktion bot. War das nötig? Hätte man sich die üblichen Erfahrungen der vorerzählten Sitzungen nicht als Vorbild nehmen können? Die Taktik der Deutschen Volkspartei während der Tage der Steuerverhandlungen ist besonders stark unritterlich gewesen. In einer großzügigen Rede referierte Dr. Becker die Haltung seiner Partei den Anfeindungen gegenüber, die ihr in reichlichem Maße auch von denen zuteil geworden sind, mit denen sie sich schließlich auf dem Boden des Kompromisses zusammengefunden hat. Mit überzeugender Klarheit entwickelte Dr. Becker die Gründe, die seine Partei schließlich bewegen haben, unter den Garantien die jetzt als Richtlinien im Regierungsprogramm verankert sind, dem Kompromiß zuzustimmen. Der Redner war der ganzen Sache nach gewungen, sowohl nach rechts wie nach links eine Abwehrstellung einzunehmen und er übte die Position seiner Partei durch wohl gezielte Hiebe nach beiden Seiten. Herrn Helfferich als der Seiten konnte er sicherlich nicht schlimmer fränken als durch die freundliche Aufforderung, doch gütigst der fruchtlosen Opposition zu entsagen und praktisch an der Arbeit teilzunehmen. Scharf zog Herr Becker andererseits den Trennungsreich zu den Sozialdemokraten — (trotz des Zusammengehens in den Dingen des Kompromisses) — die gestern wieder einmal ihr mangelndes Gespür in Fragen des nationalen Takttes bekundeten. Der demokratische Führer, Herr Fischer, leistete der Sache einen guten Dienst, indem er die Entlassung, die Herr Bernstein sich vorgestern leistete, auf rednerisches Ungeheiß zurückführte. Allerdings wird diese nachträgliche Verdrängung, die der Demokrat dem Hause vermittelte, die obige Wirkung der Bernsteinischen Neuerung nicht verwischen können. Es ist selbstverständlich Wasser auf die Mühle Frankreichs, wenn von einem deutschen Abgeordneten demnach auf weiß zu lesen ist, die Steuerreformgebung erfolge nicht die Bedingungen des Friedensvertrages. Kaufen Herr Fischer sprach gestern auch Herr Herold, der Vertreter des Zentrums und der unabhängige Henke, Behrler schlug mit der ihm eigenen Unentwegtheit die doppelte Parteiparte der absoluten Reaktion bis nahe zum Plaken.

**Sitzungsbericht.**

DRS. Berlin, 17. März.

Die erste Unterredung erfuhr die heutige Sitzung sofort nach Ablegung von einigen kleinen Anträgen. Da die Abwicklung der Anträge sich weit schneller vollzog als man annehmen konnte, waren, als der Abg. Dr. Becker (D.V.P.) das Wort zur Finanzdebatte erhielt, nur wenige Abgeordnete im Saal anwesend und auch die Regierungsvorredner waren noch nicht erschienen. Das veranlaßte den Abg. Becker, dem Antrag zu stellen, zu vertragen, bis die Regierungsvorredner anwesend seien. Die Abstimmung wurde in Anwesenheit von 21 Abgeordneten vorgenommen, von denen 12 dafür und 9 dagegen stimmten, (sobald Präsident Cöbe die Sitzung unterbrach und für 2 Uhr 10 erneut eine Sitzung einberief.)

Abg. Becker (D.V.P.):

Die äußere Form, in der sich die Verhandlungen abspielen, scheint mir der Bedeutung der Sache nicht zu entsprechen. In dieser schweren Stunde hätte der Reichstag sich wohl lieber das Wort ergreifen sollen, um Ausführungen, wie sie der Abg. Helfferich gestern gemacht, und um Behauptungen, wie sie der Abg. Bernstein aufgestellt hat, von vornherein unmöglich zu machen. Freilich, wenn der Reichstag die Steuerreform an Jochen durchgesetzt hätte, dann hätte er auch zu dem Schluss kommen müssen, daß wir nicht unseren Ort in Ordnung bringen und bedenken noch große Reparationen leisten können. Schon bei der ersten Beratung hat die Regierung dargelegt, daß die direkte Steuerbelastung über die indirekte hinausgeht. Man sollte aber auch bedenken, daß der Unterschied zwischen direkter und indirekter Steuer längst seine Bedeutung verloren hat. Auch die sogenannten Rückbehaltenden verstehen es, die direkten Steuern abzumildern, so daß der zehnprozentige Steuerabzug längst durch eine Lohnkürzung wieder ausgeglichen worden. Auch über die Sachverhalte hat der Abg. Bernstein sehr unklare Vorstellungen. Er muß doch wissen, daß der innere Wert einer Sache nicht daraus wächst, daß man mehr Spielgeld dafür bekommt. Wenn wir unser Vermögen an das Ausland ausliefern würden, könnten wir es nicht erschlitter machen als durch die sogenannte Besteuerung der Sachwerte. Wenn jetzt in der französischen Presse eine neue Steuerreform empfohlen wird, so kann man sich auf die Ausführungen berufen, wie sie der Abg. Bernstein in strahlendem Schein hier gemacht hat. Wir machen in der Tat heraldische Anstrengungen, unsere Finanzen in Ordnung zu bringen, nur nimmt man in Frankreich davon keine Kenntnis. Redner verzeiht!

dann gegenüber Helfferich die Zustimmung seiner Partei zum Steuerkompromiß. Durch die Beteiligung daran sei vieles sachlich Wertvolles erreicht worden. Auch wir meinen, daß die Finanzen nicht gekündet werden, wenn nicht die Reparationen anders geregelt werden. Aber bei diesen Steuern handelt es sich darum, unsere inneren Finanzverhältnisse in Ordnung zu bringen. Über diese Steuern, die auch nach dem Urteil der deutschen Wirtschaft noch sträflich sind, mußte eine Verständigung erfolgen, und das mit dieser Verständigung mit der Sozialdemokratie gefunden haben, das entwürdigte unsere Partei nicht. Wir machen nicht Opposition um jeden Preis, denn diese führt schließlich nur die Stellung der Sozialdemokratie. Die Weisheit des Friedensvertrages muß kommen, aber wir dürfen im Ausland nicht den Eindruck erwecken, als ob wir nicht einmal guten Willens wären, unsere inneren Finanzen in Ordnung zu bringen. Ich würde mich freuen, wenn Helfferich einmal diesen inneren Sanierungsplan vorlesen möchte. Wir haben in den Verhandlungen erreicht, daß die Vermögenssteuer für die deutsche Wirtschaft erträglich ausgebaut wird, desgleichen die Körperschaftsteuer; ähnliche Fortschritte sind bei der Umsatzsteuer erreicht worden, und ferner ist erreicht worden, daß ein wichtiger Anlauf zu einer sparsamen Verwaltung gemacht wird. Es darf doch nicht unterschätzt werden, wenn die Regierung die von der Deutschen Volkspartei entworfenen Richtlinien der Politik als die ihrigen anerkennt. Auch die „Deutsche Tageszeitung“ hat die Richtlinien gebilligt und erklärt, daß sie ein Versuch seien, den zum Abgrund rollenden Wagen durch einen Hemmschuh zum Halten zu bringen. Wir werden uns freuen, wenn Sie (nach rechts) sich an diesem Versuch beteiligen. Der Abg. Bernstein rechnet auf den Einfluß der internationalen Arbeiterschaft. Das deutsche Volk kann auch diese Unterstützung brauchen, aber mir überlassen Sie sich nicht, zumal da wir bisher nichts von ihren Wirksamkeit bemerkt haben. Nach dem Krieg tut uns der nationale Zusammenhalt mehr not als der Internationalismus. Wir dürfen bei aller Sympathie nicht die Rücksicht auf die Staatsnotwendigkeiten außer Acht lassen.

Abg. Herold (Zentr.)

betonte eingangs seine Rede, daß bei der Beratung der Steuerreform mandatierte grundsätzliche Verbesserungen erzielt worden seien. Er zählte eine Reihe von Verbesserungen auf, die namentlich auf Anregung seiner Partei erreicht worden seien. Auf die Infantersteuern übergehend, wies er auf den Antrag der Zentrumspartei hin, die Infantersteuern in gleicher Weise wie alle Umsätze, also mit 2 Prozent, belassen zu lassen. Seine Partei sei von den Steuern voll befriedigt. Jede einzelne Partei für sich hätte sie anders gemacht. Im Gegensatz zu dem Abg. Bernstein betonte der Abg. Herold, daß alle bürgerlichen Parteien darin einig seien, daß der Staat nicht so hoch belastet werden dürfe, daß das Wirtschaftslieben dadurch desinteressiert werde. Herrn Helfferich warf er vor, daß er und seine Partei die Agitation über die Staatsnotwendigkeiten leide. Er beschäftigte sich dann eingehend mit den Ausführungen des Abg. Helfferich, der verheißentlich durch Zwischenrufe antwortete. Zum Schluß seiner Rede stellte der Zentrumsvorredner fest, alle neuen Steuern würden und nicht zur Gesundung führen, wenn nicht die Reparationslasten erheblich herabgesetzt würden.

Abg. Herold

das Wort ergreifend leerte sich das Haus schnell. Er habe sich selbstverständlich bei den Ausführungen Dr. Beckers ein, um umso schärfer gegen die Wechselschuldenpolitik polemisieren zu können. Er sagte sich sofort mit dem Steuerkompromiß aneinander, von dem er sagte, daß es den Kapitalismus schone und die Arbeiterschaft zu Last bringe. Das Manuskript seines Vortrags habe er nicht mit sich gebracht, weil es der Regierung eine Blankoformel ausstiele. Die Forderung, eine Zwangsrente durchzuführen, genüge nicht.

Zugleich hatte sich das Haus so geleert, daß nur noch drei Kommunisten im Saale waren, was den Abg. Becker (K.P.D.) veranlaßte, Verträge zu beantragen. Abg. Herold (Zentr.) schloß sich dem Antrag an. Der Veräußerungsantrag wurde mit 242 gegen 54 Stimmen abgelehnt und das Haus fuhr also in der Weiterberatung fort. Nach der Abstimmung, die manchem Abgeordneten die Diäten gekostet haben mögen, hielt der

Abg. Fischer (Zentr.)

eine große Finanzrede, der das heutige Haus gespannt folgte. Er wies vor allen Dingen auf die außerordentliche Bedeutung, die in der Katastrophe liegt, daß sich die 3 größten Parteien des Reichstages zu einem politischen Programm in der Finanzfrage zusammengefunden hätten und betonte, daß durch den Steuerkompromiß das deutsche Volk den praktischen Durchführungsmittel für den demokratischen und parlamentarischen Staat gefunden habe. Die Welt möge hören, daß dieses gewaltige Werkstück auf freierpolitischen Gebiete der letzte Versuch auf unserem mitleidigen Wege ist, die Welt von der Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung des Versailles-Diktats und des Londoner Ultimatus zu überzeugen.

Darauf ergriß

Reichsfinanzminister Dr. Hermes erneut, von den Kommunisten mit Zwischenrufen empfangen, das Wort. Er trat dem Abg. Bernstein entgegen, der in seiner Rede in Zweifel gezogen habe, daß in Deutschland die Besitztümer höher seien als in anderen Ländern und bemerkte weiter, da der Abg. Bernstein selbst zugebe, nicht im Besitz des nötigen Zahlenmaterials zu sein, so würde es wohl richtiger gewesen, wenn er von dieser Stelle aus und in demselben Augenblick solche Aufstellungen nicht vorzuziehen hätte. Der Minister wies ausdrücklich darauf hin, daß er dem Abg. Bernstein das Material angeboten habe. Die vom Abg. Bernstein vertretene Auffassung sei bei der jetzigen Lage den deutschen Lebensinteressen außerordentlich abträglich. — Darauf vertagte sich das Haus auf Samstag 1 Uhr.

**Die Dekadenzahlung.**

Berlin, 17. März. Wie die „Deutsche Allg. Zeitung“ erzählt, ist die morgen fällige Dekadenzahlung von 31 Millionen Mark bereits an die Reparationskommission geleistet worden. Damit ist die achte Zahlung erfolgt. Der Gesamtbetrag der bisherigen Dekadenzahlungen beläuft sich auf 243 Millionen Goldmark und überschreitet den in Cannes in Aussicht genommenen Betrag der Barzahlungen von 720 Millionen Goldmark jährlich wesentlich, denn diese Dekadenzahlungen werden für das ganze Jahr rund 1100 Millionen ausmachen. Wie das Blatt weiter bemerkt, haben die bisherigen Dekadenzahlungen ein rapides und für das ganze Wirtschaftsleben Deutschlands katastrophales Sinken der Mark zur Folge gehabt.

**Deutsches Reich.**

**Schupo und Beamtenverf.**

□ Berlin, 18. März. (Von unfr. Berl. Büro.) Herr Severing hat sich erfreulicherweise erinnert, daß die während des letzten Eisenbahnstreiks proklamierte „Neutralität“ der Schuppel ein Unbegriff sei. Er erläßt eine Verfügung an die Schuppelverbände, in der er sie auffordert, sich binnen Monatsfrist darüber zu äußern, ob sie das Beamtenstreikrecht ablehnen. Herr Severing für seine Person lehnt es ab.

DRS. Berlin, 18. März. In der Verfügung spricht Minister des Innern Severing der Polizeibeamtenschaft seine Anerkennung über ihre Leistungen aus und betont besonders die Leistungsfähigkeit der Schuppel, die ihr erstellten Anforderungen zu genügen. Umförmlich spricht der Minister der Polizeibeamtenschaft seine Anerkennung aus, als an die Polizeibeamtenschaft mehrfach und in der verschiedensten

Form das Anstehen einer mittelbaren oder völligen Solidarität mit den Streikenden gestellt wurde. Der Minister führte aus, daß grundsätzlich der Beamtenstand des Streikrechts nicht zuzubilligen ist, daß aber auch darüber hinaus die Neutralität oder gar eine Sympathieausdrückung zu Gunsten einer streikenden Partei in den wirtschaftlichen Kämpfen eine Verletzung der Beamtenpflichten darstelle. Die Weisung des Reichsoberlandes der Polizeibeamten, die für die ihm angeschlossenen Verbände, also auch für den preussischen Verband maßgebend ist, entspricht nicht den Grundgedanken des Ministers. Falls der Reichsoberland die Weisung aufgestellten Richtlinien beibehalten sollte, behalte sich der Minister weitere Maßnahmen vor. Zum Schluß betont der Minister in der Verordnung, daß alle Anordnungen über den Einfluß und das Verhalten ihrer Beamten ausschließlich seine Sache sei und daß Beamten dienstliche Pflichten von anderer Seite Annahmen seien, auf Abweisung jedes weiteren Verhandeln und Zusammenarbeitens erwidern müsse.

**Ernährungskonferenz.**

□ Berlin, 18. März. (Von unfr. Berl. Büro.) Am kommenden Dienstag findet in Berlin eine Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister der Länder statt, welche sich vor allem mit der kommenden Getreidewirtschaft beschäftigen wird. Man nimmt Getreidewirtschaft der Posten des Reichsernährungsministers an, daß sie dahin der Posten des Reichsernährungsministers befehligt sein wird und nennt neuerdings für dieses Amt Dr. Warmbold, der in dem letzten Kabinett Stögerwald des preussischen Landwirtschaftsministeriums verwaltete.

**Metallarbeiterstreik in Württemberg.**

DRS. Stuttgart, 17. März. In Württemberg sind heute vormittag die Arbeiter einiger kleinerer Betriebe der Metallindustrie in den Zustand getreten. Heute abend folgten die Arbeitsbeeinträchtigungen in den größeren Betrieben des Landes. Die Zahl der Streikenden wird auf 25 bis 30 000 geschätzt. Die Arbeiter der Daimler-Werke zeigen bisher keine Neigung zum Streik und haben auch nicht angekündigt.

□ Berlin, 18. März. (Von unfr. Berl. Büro.) In Berlin wird heute zum ersten Male eine neue Zeitung in englischer Sprache erscheinen, der „Daily Herald“, der sich hauptsächlich an die in Europa zum Besuch weilenden Amerikaner wenden will. In der Redaktion befinden sich mehrere amerikanische Journalisten.

Berlin, 18. März. (Priv. Tel.) Die „D. A. Z.“ bezeichnet als aussichtsreichsten Kandidaten für den Botschafterposten in Washington den Direktor der Kruppischen Werke, Geheimrat Dr. Otto Biedfeldt. Das Blatt schreibt, es sei anzunehmen, daß seine Ernennung in Kürze erfolgen werde, wenn sich nicht in letzter Stunde Schwierigkeiten ergeben sollten.

**Bayern und die Pfalz.**

**Die angebliche Verspätung.**

DRS. München, 17. März. Der Minister des Innern Dr. Schwager hat am Freitag im Staatsratssaal ausnahmsweise den Ministerrat über die Tagesordnung über die Streitigkeiten betreffend die angebliche Verspätung Bayerns und Preussens bezüglich Verhandlungen in Berlin eine längere Erklärung abgegeben, in der er feststellte, daß die in Berlin geführte Aussprache folgendes Ergebnis ergab:

Es sei festgestellt worden, daß die Reichsregierung ein Staatsanwaltschaftsamt in Offenburg als Material für die Staatsanwaltschaft lassen; ferner sei festgestellt worden, daß der Staatsanwaltschaftsamt zwar einen Bericht an die Offenburgische Staatsanwaltschaft gegeben, daß er den Bericht aber nicht vom Verfasser, sondern vom Redaktor des „Norddeutschen“, Kuttner, bekommen habe. Der Bericht über die Herkunft des Berichtes an die Staatsanwaltschaft gebunden erklärt. Kuttner habe sich selbst an den Reichsminister gewandt und diesem mitgeteilt, es sei der ihm Material über die Organisation O. eingelaufen. Auf das Ersuchen des Reichsministers habe Kuttner diesem das Material überlassen mit der Bitte, es zu prüfen. Weismann habe es aber ohne eigene Prüfung am 14. Februar der Offenburgischen Staatsanwaltschaft überreicht. Die Offenburgische Staatsanwaltschaft habe aber Weismann zurückgeschickt, daß sie das Material als wertlos erachte.

Es habe sich also der Beweis einer von dem Staatsanwaltschaftsamt Bayern nicht erdungen lassen, aber es liege andererseits fest, daß in Bayern tatsächlich politische Verhältnisse vorlägen, die den Weg nach Berlin zu finden wisse. Es geht aber nicht an, daß derartige in Berlin einlaufendes Material dem Reichsminister überreicht werde, ohne daß man die vollständigen Verhältnisse überhaupt kenne. Er habe über diese seine Auffassung auch in Berlin keinen Zweifel gelassen. Dieser Standpunkt sei auch von den Vertretern der Reichsregierung anerkannt worden. Weismann werde kein Mittel unversucht lassen, um dem unzulässigen Denunziantentum auf den Leib zu rücken.

Ein für Reich und Staat gleich wichtiges Zusammenarbeiten sei nur möglich, wenn beiderseits alles ordentlich werde, was als Mißtrauen des einen gegen den anderen beobachtet werden könne. Die Reichsregierung lege großen Wert auf ein reibendes Zusammenarbeiten mit den Ländern, auch mit Bayern. Die bayerische Regierung teile diesen Standpunkt und sei ihrerseits erstlich bemüht, wieder eine Atmosphäre solchen gegenseitigen Vertrauens zu schaffen.

**Letzte Meldungen.**

**Zu den Ereignissen in Siume.**

□ Berlin, 17. März. Drahtmeldungen aus Rom zufolge nahm in der italienischen Kammer Außenminister Schanzer zu der Frage von Siume Stellung. Er erklärte, wenn sich Italien im Verträge von Rapallo feierlich anerkannter Verpflichtung, die Unabhängigkeit Siumes zu achten, entziehen würde, so würde es den Rang einer Großmacht verlieren. Italien habe den lebhaften Wunsch, daß in Siume eine Einigung zwischen Italien, Jugoslawien und Siume herbeigeführt werde, die dem Freistaat eine nationale Existenz und eine glückliche wirtschaftliche Zukunft verschaffe.

**Eine englische Nachwahl.**

DRS. London, 17. März. Bei der Nachwahl in Cambridge hat der unabhängige konservativ Kandidat Sir Douglas Newton mit 10 697 Stimmen über den Arbeiterkandidaten der Labour Party, den unabhängigen Liberalen, der 5320 Stimmen erhielt, gesiegt. Bei der letzten Wahl im Jahre 1918 erhielt der Koalitionsumwipf 11 855 und der Arbeiterkandidat 3789 Stimmen.



# Sitzung des Bürgerausschusses

am Freitag den 17. März 1922.

## Bewilligung von 32777765 Mt. für städtische Wohnungsbauten. — Die neue Gebührenordnung für die Beseitigung und Friedhofbenutzung.

Oberbürgermeister Dr. K u g e r eröffnet die Sitzung um ¼ 4 Uhr. Anwesend sind 83 Stadtratsmitglieder. Das Haus tritt sofort in die Beratung der Tages-Ordnung ein.

### Errichtung von Wohnbauten an der Schafweide.

Stadtratsbeschluss: Zur Errichtung von 146 Wohnungen nach den Plänen des Hochbauamts auf den Grundstücken Abg. Nr. 508 b, 508 c, 508 d an der Schafweide werden 24 670 265 Mark zusätzlich des aus Lohn- und Materialpreissteigerungen sich ergebenden Mehraufwandes bewilligt. Zur Beseitigung dieses Aufwandes werden Anleihenmittel mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren bewilligt. Der Anleihenvertrag ist um das zu beantragende Landesdarlehen und um etwaige sonstige Zuschüsse zu kürzen. Der nach Abzug des Landesdarlehens, etwaiger anderer Zuschüsse, sowie des Ertragsverbleibende Aufwand der Stadt ist aus der Wohnungsgeldabgabe zu verzinsen und zu tilgen. Mit den Bauarbeiten ist erst zu beginnen, wenn die Gewährung des Landesdarlehens zugesichert ist.

Sto. A. K o l l begründet die Vorlage und empfiehlt sie zur Annahme. Sto. V e r r e g (D. V.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zu der Vorlage. Der Redner ist etwas enttäuscht, daß im vergangenen Jahre wohl teils Gelder für Wohnungen bewilligt worden seien, die Wohnungen aber immer noch zu beziehen sind. Sto. K r u g (Soz.) wünscht ebenfalls etwas rascher und damit auch billiger zu bauen. Es sei ein Beschluss des Stadtrats ergangen, keine neuen Straßen mehr anzulegen, ehe nicht die verfügbaren Baupläne im Innern der Stadt bebaut seien. Das sei eine sehr zweifelhafte Maßnahme, die geeignet sei, den Siedlungsgenossenschaften den Weg zu verstopfen. Der Redner wendet sich in seinen weiteren Ausführungen gegen das Gebahren der gewerbemässigen Wohnungsgesellschaften. Sto. S p e i d e l (Dem.) wünscht vor allem eine bessere Auswahl von geeigneten Gelände bei ferneren Wohnungsbau. Oberbürgermeister K u g e r teilt mit, daß die Siedlung in Lugenberg erst im Juni begonnen werden könnte und in etwa 8 Wochen beendigt werden könne. Außerdem sei der harte Winter, der Bauleute die Bauzeitigkeit gewesen. Das Baugelände in Mannheim sei fast vollständig ungenutzt. Für die Siedlung am Wald sei vom Arbeitsministerium der Bauaufsicht abgelehnt worden, wenn darauf bestanden würde, mehrstöckige Gebäude zu errichten. Ein Beschluss des Stadtrats, keine neuen Straßen anzulegen, sei nicht ergangen. Sto. V e r r e g (D. V.) teilt erklärend mit, daß er nicht die Bauzeitigkeit kritisieren wolle, aber es habe keinen Zweck, stets mit dem Bau zu warten, bis die Verhandlungen um die Staatszuschüsse erledigt sind. Die Vorlage wird einstimmig genehmigt.

### Errichtung von Wohnbauten an der Lange Rötterstraße.

Stadtratsbeschluss: Auf dem Grundstück Abg. Nr. 457 an der Lange Rötterstraße sind nach den Plänen des Hochbauamts 45 Wohnungen zu errichten. Für die Ausführung werden 8 107 500 Mark bewilligt. Zusätzlich des aus Lohn- und Materialpreissteigerungen sich ergebenden Mehraufwandes werden Anleihenmittel mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren bewilligt. Der Anleihenvertrag ist um das zu beantragende Landesdarlehen und um etwaige sonstige Zuschüsse zu kürzen. Der nach Abzug des Landesdarlehens, etwaiger anderer Zuschüsse, sowie des Ertragsverbleibende Aufwand der Stadt ist aus der Wohnungsgeldabgabe zu verzinsen und zu tilgen. Mit den Bauarbeiten ist erst zu beginnen, wenn die Gewährung des Landesdarlehens zugesichert ist.

### Errichtung der Straße Schafweide zwischen Kobell- und Kronprinzstraße.

Stadtratsbeschluss: Die Straße Schafweide zwischen Kobell- und Kronprinzstraße ist ortstrassenmäßig herzustellen. Der hierzu erforderliche Aufwand mit 282 500 Mark nebst etwa aus Lohn- und Materialpreissteigerungen sich ergebenden Mehraufwandes wird mit Anleihenmitteln mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren zu decken. Der Kostenaufwand mindert sich um die etwa erreichbaren Reichs- und Staatszuschüsse.

### Erwerb und Veräußerung von Grundstücken.

Der Stadtrat hat beschlossen, durch Kaufvertrag von der Gemarkung bei den Schießständen im Räfertaler Wald ein Grundstück von 199 650 Qm. zur Gewinnung von Wohnsiedlungsflächen, außerdem ein Grundstück von 283 Qm. gegen Abgabe eines Kaufpreises von 11 112 Mark zu erwerben. Zur Zahlung des Kaufpreises und der Kaufkosten wird aus Grundfondsmitgliedern ein Kreditschuldenschein von 23 000 Mark bewilligt. Außerdem sollen noch einige Bauwerke in der Redartstadt, in Feudenheim und in Redarau erworben werden. Veräußert wird durch Kaufvertrag an den Reichspostfiskus ein Grundstück im Block IXA, Ecke Augustus-Anlage und Otto-Befehlsweg, im Maße von etwa 8000 Qm. zu 60 Mark für den Bau eines neuen Telegraphenamts zu errichten.

### Auflösung von Allmendgrundstücken in der ehemaligen Gemarkung Feudenheim anlässlich der Redartanalisation.

Stadtratsbeschluss: Das zur Durchführung der Redartanalisation erforderliche Allmendgelände auf der ehemaligen Gemarkung Feudenheim ist mit Wirkung vom 1. Januar 1922 abzugeben. Die Abgabe wird die in § 4 Abs. 2 des Gesetzes über die Abgabe von Grundstücken in der Gemeinde Feudenheim vom 28. Dezember 1909 festgesetzte Geldrente von 2500 Mk. zu betragen, da die Zuweisung von Erbschaftsgrundstücken nicht erfolgt.

Sto. L u d w i g S o a s (D. V.) stimmt der Vorlage zu mit dem Hinweis, daß hier nicht nach Klassen vorgegangen werden soll. Das Gebot der Billigkeit dürfe nicht vernachlässigt werden. Er bittet um Annahme des Antrags seiner Fraktion. Sto. B e h n e r (Soz.) stimmt der Vorlage zu. Seine Fraktion stelle ihre grundsätzlichen Bedenken solange zurück, bis die Zeit geeignet sei, sie zu erfüllen. Er bedauert lebhaft, daß von der Unmöglichkeit des Begriffs abgegangen werden müsse. Sto. D r. R o e t e l (Str.) erklärt, daß er pietätswidrig ist, die Bestimmungskosten für einen Verlust nach dessen letzten Steuerzettel zu berechnen. Er bittet deshalb, dem Änderungsantrag des Zentrums beizustimmen, der sich gegen eine solche Besteuerung der Toten wendet. Auch die Steuer für Grabdenkmäler sollen entsprechend herabgesetzt werden. Bei Feuerbestattung solle dagegen der wirkliche Aufwand berechnet werden. Wer sich diesen „Luxus“ (1) leisten wolle, solle ihn auch bezahlen. Sto. V a n n i n g e r (Unabh.) tritt für eine Befreiung von Klassen bei Bestattungen und für die verschiedenen Anträge seiner Fraktion ein. Sto. S c h e e l (Dem.) wünscht, daß die Gebühren möglichst niedrig gehalten werden. Die Besteuerung sei unsozial und unpraktisch. Desgleichen sei die Besteuerung der Denkmäler gefehlich für die Existenz der Bildhauer und enthalte eine Unbilligkeit gegenüber den Hinterbliebenen. Oberbürgermeister Dr. K u g e r erklärt, daß es durchaus nicht die Absicht der Stadtverwaltung sei, die Klassen bei der Bestattung wieder einzuführen, die im Grundgesetz abgeschafft werden sollten. Die Ermessungen der Leistungen nach dem Einkommen seien durchaus vertretbar.

### Sto. A. K o l l empfiehlt die Vorlage zur Annahme. Die Vorlage wird einstimmig ohne Debatte angenommen.

### Herstellung der Straße Schafweide zwischen Kobell- und Kronprinzstraße.

Stadtratsbeschluss: Die Straße Schafweide zwischen Kobell- und Kronprinzstraße ist ortstrassenmäßig herzustellen. Der hierzu erforderliche Aufwand mit 282 500 Mark nebst etwa aus Lohn- und Materialpreissteigerungen sich ergebenden Mehraufwandes wird mit Anleihenmitteln mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren zu decken. Der Kostenaufwand mindert sich um die etwa erreichbaren Reichs- und Staatszuschüsse.

### Sto. A. K o l l empfiehlt die Vorlage, die debattelos einstimmig genehmigt wird.

Sollte es aber nicht möglich sein, so sollte eine Entschädigung von 9 Mark für das Ar zu Grunde gelegt werden, damit sie den Wert erhalten, den die Stadtverwaltung aus dem Verkauf erläßt. Sto. S i l b (Soz.) wendet sich ebenfalls gegen den städtischen Antrag, der manche Härten in sich birgt, und bittet den Feudenheimern Erstattungen zukommen zu lassen. Sto. G r e m m (Str.) meint, die Stadtverwaltung gehe mit den Feudenheimern etwas „rigoros“ um und habe kein Verständnis für ihre Vorstädter. Denen wolle sie nur Steuern abfordern. Sto. D r. R o e t e l bittet, den Zentrumsantrag anzunehmen, da er der „kürzeste“ sei. Es sei übrigens kurios, daß die städtische Vorlage auch aus den Reihen des Stadtrats bekämpft wird.

Sto. R o s e s (D. V.) führt aus, daß die Vorlage eine Bedeutung erlangt habe, die ihr gar nicht zustehe. Das hätte vermieden werden können, wenn die Stadtverwaltung durch persönliche Fühlnahme mit den Feudenheimern einen Ausgleich gesucht hätte. Die Entschädigung für die Wartezeit solle so hoch bemessen werden, wie die Pacht für 1 Ar beträgt, um der Geldentwertung Rechnung zu tragen. Sto. S c h r ä d e r (Soz.) tritt ebenfalls für Gewährung höherer Abfindungen ein. Sto. D r. F r e i r u c h (Soz.) spricht für den Antrag seiner Fraktion, wonach bei besonderen sozialen Härten diesen Personen anderes Gelände zugewiesen werden soll. Sto. D r. F e l l e i n (Dem.) vertritt die Ansicht, daß vom juristischen Standpunkt aus wohl ein gesetzlicher Vertrag, wie er mit den Feudenheimern abgeschlossen worden sei, abänderungsfähig sei. Oberbürgermeister Dr. K u g e r führt aus, daß das Allmend das einzige Vorrecht der Geburt in Deutschland noch sei. Bei seinen Erklörungen, die er eingezogen habe, sei ihm mitgeteilt worden, daß 5 Allmendberechtigten bedürftig seien. Sie beäßen jedoch alle noch anderen Grundbesitz. Man müsse verlangen, daß der Eingemeindungsvertrag eingehalten werde. Er bittet um Annahme der städtischen Vorlage. Sto. S o n s (D.) tritt nochmals für die Rechte der Feudenheim ein. Es sei noch freies Gelände in Feudenheim, das man den Allmendberechtigten geben könne, ohne den Kleingärtnern und Kleinpächtern Land nehmen zu müssen. Sto. R o s e s (D. V.) wendet sich gegen die Angaben des Oberbürgermeisters Dr. K u g e r, der den Allmendberechtigten die Bedürfnisse abgeprochen hätte. Von den 231 Berechtigten seien noch nicht ganz 50 Landwirte. Auch er vertritt die Ansicht, daß Land beschafft werden kann, wenn man guten Willen habe. Sto. K a i s e r (Str.) stellt fest, daß der größte Teil der Allmendberechtigten gerade ärmere Leute sind. Oberbürgermeister Dr. K u g e r antwortet, bevor er Dr. K a i s e r das Schlußwort erteilt, die klassischen Goetheworte aus „Tasso“:

„Der Wille lockt die Laten nicht herbei,  
Der Mut stellt sich die Wege länger vor“.

Dr. F e l l e i n tritt noch einmal für strikte Einhaltung des Eingemeindungsvertrags ein. In der folgenden Abstimmung wird der Antrag des Zentrums gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen, Kommunisten und der Mehrheit der Demokraten abgelehnt. Die Anträge der Demokraten, Volkspartei und Deutschen, die Geländezuweisung fordern, werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt. Der Antrag der Sozialdemokraten wird mit Mehrheit angenommen. Der Antrag des Stadtrats über die Geldentschädigung von 250 M. mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

### Beschaffung von Wassermessern.

Nach einem Beschluss des Stadtrats sollen für die Beschaffung von Wassermessern 500 000 M. bewilligt werden. Der Betrag soll darlehensweise bei der Kasse der Erneuerungsfonds aufgenommen, mit 5 Prozent verzinst und zusätzlich der ersparten Zinsen mit jährlich 3 Prozent des ursprünglichen Darlehensbetrages getilgt werden. Der mit Zustimmung des Bürgerausschusses vom 4. Oktober 1921 für die Beschaffung von Wassermessern bewilligte Kredit von 280 000 M. ist aufgebraucht. Bis Ende des Rechnungsjahres 1922/23 sind voraussichtlich weitere 400 Wassermesser erforderlich.

### Sto. V. H a h n empfiehlt die Vorlage, die einstimmig angenommen wird.

### Vermehrung der Milchsammlerinnen in der Milchzentrale.

Stadtratsbeschluss: Für die bauliche Erweiterung der Milchzentrale zwecks Vermehrung der Zahl der Milchsammlerinnen wird ein Betrag von 322 000 Mark zusätzlich des infolge von Lohn- und Materialpreissteigerungen sich etwa ergebenden Mehraufwandes aus Anleihenmitteln mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren bewilligt. Der Kostenaufwand mindert sich um etwaige Reichs- und Staatszuschüsse. Der entgeltliche Bauaufwand ist von der Milchzentrale in der in den bisherigen Verträgen vorgesehenen Weise zu verzinsen, zu tilgen und abzuschreiben. Der Tilgungssatz ist so bemessen, daß die Tilgung zu gleicher Zeit mit derjenigen des Aufwandes für das Betriebsgebäude abläuft.

### Sto. V. H a h n empfiehlt die Vorlage zur Annahme. Sto. G o d e d (D. V.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Sto. F r. R e g e l (Str.) fragt an, ob es richtig sei, daß die Milchzentrale auch Süßrahmbutter herstellt. Direktor S c h m i d t teilt dazu mit, daß seit Monaten von der Milchzentrale keine Butter hergestellt werde. Süßrahmbutter werde jedoch aus Norddeutschland bezogen.

### Gebührenordnung für die Beseitigung und Friedhofbenutzung.

Es sind hierzu verschiedene Anträge eingegangen. Sto. H o r s t (Kommunist) begründet den Antrag seiner Fraktion, der die Vorlage an den Stadtrat zurückverweist. Oberbürgermeister Dr. K u g e r läßt über den kommunistischen Antrag abstimmen, der gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt wird. Stadt. V. H a h n begründet darauf die Vorlage und empfiehlt deren Annahme. Sto. V e r r e g (D. V.) erklärt sich mit der Vorlage einverstanden, wünscht aber, daß vom Stadtratsrat bestimmte Zusicherungen gegeben werden, daß die Stadt auf eine Besteuerung der Bildhauerkunst verzichtet.

Sto. L u d w i g S o a s (D. V.) stimmt der Vorlage zu mit dem Hinweis, daß hier nicht nach Klassen vorgegangen werden soll. Das Gebot der Billigkeit dürfe nicht vernachlässigt werden. Er bittet um Annahme des Antrags seiner Fraktion. Sto. B e h n e r (Soz.) stimmt der Vorlage zu. Seine Fraktion stelle ihre grundsätzlichen Bedenken solange zurück, bis die Zeit geeignet sei, sie zu erfüllen. Er bedauert lebhaft, daß von der Unmöglichkeit des Begriffs abgegangen werden müsse. Sto. D r. R o e t e l (Str.) erklärt, daß er pietätswidrig ist, die Bestimmungskosten für einen Verlust nach dessen letzten Steuerzettel zu berechnen. Er bittet deshalb, dem Änderungsantrag des Zentrums beizustimmen, der sich gegen eine solche Besteuerung der Toten wendet. Auch die Steuer für Grabdenkmäler sollen entsprechend herabgesetzt werden. Bei Feuerbestattung solle dagegen der wirkliche Aufwand berechnet werden. Wer sich diesen „Luxus“ (1) leisten wolle, solle ihn auch bezahlen. Sto. V a n n i n g e r (Unabh.) tritt für eine Befreiung von Klassen bei Bestattungen und für die verschiedenen Anträge seiner Fraktion ein. Sto. S c h e e l (Dem.) wünscht, daß die Gebühren möglichst niedrig gehalten werden. Die Besteuerung sei unsozial und unpraktisch. Desgleichen sei die Besteuerung der Denkmäler gefehlich für die Existenz der Bildhauer und enthalte eine Unbilligkeit gegenüber den Hinterbliebenen. Oberbürgermeister Dr. K u g e r erklärt, daß es durchaus nicht die Absicht der Stadtverwaltung sei, die Klassen bei der Bestattung wieder einzuführen, die im Grundgesetz abgeschafft werden sollten. Die Ermessungen der Leistungen nach dem Einkommen seien durchaus vertretbar.

Sto. A. K o l l empfiehlt die Vorlage zur Annahme. Die Vorlage wird einstimmig ohne Debatte angenommen.

sich sehr schwierig, weil zu mehreren Paragraphen Änderungsanträge vorliegen. Mehrere Anträge der Unabhängigen, der Kommunisten und des Zentrums werden abgelehnt und dafür die städtische Fassung gutgeheißen. Bei der Abstimmung über den § 17, der eine gestaffelte Besteuerung der Denkmäler vorsieht, ergibt sich eine geringe Mehrheit für die abschwächenden bürgerlichen Anträge. Darnach wird bei Denkmälern, deren Herstellungswert unter 2000 Mk. liegt, eine Gebühr nicht erhoben, von 2000—4000 Mk. 10 Proz., von 4000—5000 Mk. 10 Proz., von 5000—10 000 Mk. 20 Proz., von 10 000 bis 15 000 Mk. 30 Proz., über 10 000 Mk. 30 Proz. Die abgeänderte städtische Vorlage wird hierauf im ganzen mit Mehrheit angenommen.

### Umlegung des Aufwandes für die Massenquartiere.

Stadtratsbeschluss: Die durch Ueberlassung von Massenquartieren an die Militärverwaltung während des Krieges entstandenen, nicht durch die Vergütung des Reiches gedeckten Aufwendungen im Betrage von 825 252 Mk. werden unter Zugrundelegung des Stadtratsbeschlusses vom 1. Juli 1915 auf die natürlichen und juristischen Personen nach ihrem durchschnittlichen Einkommen in den Jahren 1915, 1916, 1917 und 1918 in Form von Quartiersteuern umgelegt. Hierbei bleiben die ersten 3000 Mk. des Jahreseinkommens frei, auf je 100 Mk. des höheren Einkommens wird ein Quartiertag gerechnet; bereits geleistete Quartiersteuern werden in Abzug gebracht. Für jeden noch leistenden Quartiertag ist ein Betrag von 1,10 Mk. zu zahlen.

Bei dieser Vorlage zweifelt der kommunistische Stadtrat K u h l e n die Beschlußfähigkeit des Hauses an. Die Auszahlung ergibt, daß neun Mitglieder zur Herstellung der Beschlußfähigkeit fehlen. Der Vorsitzende sieht sich infolgedessen genötigt, kurz nach 8 Uhr die Sitzung zu schließen.

## Der Millionenüberschuß der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke.

Wie aus dem Bericht über die jüngste Stadtratsitzung hervorgeht, wurde von Herrn Oberbürgermeister Dr. K u g e r nachfolgender Bericht über die vorläufigen Rechnungsergebnisse des Gas- und Elektrizitätswerts für das Rechnungsjahr 1920/21 erstattet. Wir werden zu diesem Bericht im Abendblatt Stellung nehmen.

### Das Gaswert.

1. a) Der Wertvoranschlag ist von der Direktion im März 1920 aufgestellt worden; auf Grund dieses Voranschlags wurde ein Ueberschuß von 2 632 000 Mk. in den Hauptvoranschlag der Stadt Ziffer V eingestellt (2 632 000 Mk. waren nach dem Stand vom 31. März 1920 etwa 155 000 Goldmark; im Jahre 1913 betrug der Reingewinn 840 000 Mk.).

b) Auf Grund eines Berichts der Direktion vom 13. Nov. 1920 wurde von der Finanzkommission beschlossen, einen weiteren Ueberschuß von 4 200 000 Mk. in den Voranschlag einzustellen, weil der Erlös aus Koks und Teer diese Erhöhung rechtfertigt.

c) Die vorläufige Rechnung für 1920/21 zeigt einen wirklichen Ueberschuß von 22 040 000 Mk. Dabei sind aber unter den Ausgaben für Abschreibungen 586 221 Mk. eingestellt bei einem Anschaffungswert des Gaswertes von 400 bis 500 Millionen Mk. nach deren heutigem Werte.

2. Der höhere Ueberschuß des Gaswertes 1920 ist jedenfalls nicht die Folge der Preispolitik für das Gas. Der Gaspreis war zu Beginn 1920 (1. April) 1,16 Mk., er stieg am 1. Mai 1920 auf 1,36 Mk. und behielt diesen Satz während des ganzen Rechnungsjahres (bis zum 1. Mai 1921) bei. Der Preis beruhte auf der Kohlenkauf von 0,4 Pfg. pro 1 Mk. Erhöhung des Kohlenpreises pro Tonne frei Gaswert Mannheim. Diese Kohlenpreiskauf war nicht zu hoch bemessen und stimmte mit den Klauseln anderer Städte überein. Die Kohlenkauf betrug in badischen Städten außer in Mannheim 0,4 Pfg. noch in Karlsruhe; sie ist 0,45 Pfg. in Bruchsal, 0,5 Pfg. in den übrigen badischen Städten; 0,5 Pfg. ist sie z. B. auch in Darmstadt, Homburg und Leipzig. Der Gewinn ergab sich vielmehr durch zufällige, nicht vorher bestimmbar und nicht wiederkehrende Ereignisse.

### A. Die Gasgewinnung.

1. Vor allem war die Ausbeute der Koks nicht, wie im Voranschlag angenommen, 0,28 cbm, sondern nahezu 0,3 cbm Gas pro Kilo. Daraus wurden — und zwar völlig kostenfrei — aus den voranschlagsmäßigen 71 000 Tonnen Koks gewonnen rund 1,3 Millionen cbm Gas.

2. Zum anderen gelang es, durch Zufuhr von Koks im freien Verkehr die im Voranschlag infolge der Maßnahmen des Reichskohlenkommissars vorgegebene Einschränkung des Verbrauchs von 6,6 Mill. cbm zum erheblichen Teile auszugleichen.

a) Es wurden 3,3 Millionen cbm nutzbares Gas mehr erzeugt — davon 1,3 Millionen auf die eben bezeichnete Art ohne Erhöhung des Kohlenverbrauchs. 2 Millionen cbm wurden aus zugekauften 7160 Tonnen gewonnen;

b) 1,3 Millionen cbm als gewinnloses vorgegebenes Gas (für Straßenbeleuchtung, Kempter) wurde diesem Zweck entzogen und für gewinnbringend (nutzbar) verwertet.

c) Endlich gelang es, den Verlust von Gas aus äußerster einzuschränken und hierdurch fast 1 Million cbm Gas zu gewinnen.

Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild: Die Erzeugung ist gestiegen gegenüber dem Voranschlag von rund 19,9 Millionen cbm auf rund 23,1 Millionen cbm; sie erhöhte sich um 3,3 Millionen cbm. Der Gasverlust war im Voranschlag angenommen auf 1,41 Millionen cbm, hiernach auf etwas über 7%. Tatsächlich betrug er bei einer Erzeugung von 23,134 Millionen nur 455 000 cbm; er war also außerordentlich gering — nämlich 1,97%. In gewöhnlichen Zeiten entfiel der Verlust insbesondere durch den höheren Druck während der Nachtstunden, in welchen ein sehr geringer nutzbarer Verbrauch stattfindet. Im Jahr 1920 aber mußte infolge der behördlichen Einschränkungsmaßnahmen der Druck während der Nacht auf 10—15 mm herabgesetzt werden. Dies konnte nicht vorgeesehen werden und wurde bei der Aufstellung des Voranschlags unberücksichtigt gelassen.

Hiernach betrug die Gesamtabgabe 22 645 Millionen cbm. Hiervon waren nutzbar abgegeben 22 084 Mill. cbm gegen 16 557 Millionen cbm im Voranschlag. Somit waren um rund 5,5 Millionen cbm bei geringem Kohlenmehrerbrauch (1. unten) gewonnen. Dagegen verminderte sich die gewinnlose Abgabe für städtische Zwecke von 1,913 Millionen cbm auf nur 559 000 cbm. Es zeigt sich im ganzen, daß gegenüber dem Voranschlag bei einer Mehrung des Kohlenverbrauchs um 7610 Tonnen hiernach um 10,7% eine nutzbare Mehrabgabe von rund 5,5 Millionen cbm, also



um 30% erreicht wurde. Der erhöhte Gasverkauf erbrachte für obige 5,5 Millionen cbm bei 1,3 M. Durchschnittspreis Einnahme: 7,2 Millionen M. Dem stehen an Ausgaben gegenüber der Preis für 7100 Tonnen Kohle mit rund 2,5 Millionen M., so daß der Gewinn aus dieser besseren Ausnutzung rund 4,6 Millionen M. beträgt. Freilich stehen diesen Einnahmen auch gewisse Betriebsausgaben gegenüber, die jedoch, da in der Hauptsache der Personalbestand sich nicht nennenswert erhöhte, außer Betracht bleiben können. Millionen M.

b) Gewollt stiegen die Teerpreise, und zwar im letzten Viertel des Kalenderjahres 1920 und im ersten Viertel des Kalenderjahres 1921. Der durchschnittliche Verkaufspreis war nicht 140 M., sondern 210 M., hiernach um 50% mehr. Der Anfall an Teer war im Voranschlag bemessen auf 2455 Tonnen, er betrug 3100 Tonnen, hiernach 22% mehr. Der Mehrertrag war sonach 1 700 000 M. Durch weitere Einstellung im Voranschlag nach oben 1 lit. b war der erwartete Durchschnittserlös auf 190 M. für das Mio angelegt worden.

c) Endlich ist auch für Ammoniak aus ähnlichen Gründen eine reine Mehreinnahme erzielt worden von 600 000 M.

B. Nebenprodukte.

Von besonderer Bedeutung ist das Ergebnis der Verwertung der Nebenprodukte.

a) Der Kokspreis, bei dessen Bemessung das Gaswerk gebunden war an die Festsetzung der Preisprüfungsstelle (Landeskohlenstelle), stieg im Laufe des Jahres 1920 im Verhältnis höher als der Kohlenpreis; er konnte bei Aufstellung des Voranschlags nur mit 340 M. für die Tonne angelegt werden, da die Preisentwicklung, zumal bei günstigem Kohlenangebot, nicht zu überblicken war; er löst wurden wirklich 530 M. für die Tonne, insbesondere gestaltete sich der Preis der nach auswärts verkauften minderen Sorten (Griss, (Schlackenkoks) äußerst günstig. Durch weitere Einstellung nach oben 1 lit. b war der im November 1920 erwartete Durchschnittserlös auf 430 M. die Tonne angenommen. Gegenüber dem Voranschlagsansatz von 30 375 Tonnen konnten verkauft werden infolge der höheren Vergütung und der günstigeren Koksanfallquote 40 417 Tonnen. Bei einer Mehrmenge von rund 33% und einer Preiserhöhung von 56% steigerte sich der Verkaufserlös auf 10,3 Millionen auf 21 445

Ergebnis: Sonach ergibt sich Gesamtmehreinnahmen gegenüber dem ursprünglichen Wertvoranschlag: aus Gasabgabe 4 600 000 M., aus Koks 11 100 000 M., aus Teer 1 700 000 M., aus Ammoniak 600 000 M., sonstige Einnahmen und Ausgabenersparungen 1 400 000 M., zuz. 19 400 000 M. und nach Abzug der weiteren Einstellung oben 1 lit. b 4 200 000 M., somit restlich 15 200 000 M. Alle diese großen Mehreinnahmen konnten keinen Einfluß auf den Gaspreis üben. Dieser ist, wie oben bemerkt, während des ganzen Jahres konstant geblieben, er entsprach den Preisen anderer Städte; die günstigere Gestaltung der „Nebenbetriebe“ war keineswegs von geheimer Dauer, stellte vielmehr einen Konjunkturgewinn dar.

Das Elektrizitätswert.

1. Gegenüber dem im März 1920 aufgestellten Wertvoranschlag, der im Rechnungsjahre 1920 infolge der einschränkenden Anordnungen des Reichskohlenkommissars eine nupbare Abgabe von nur 18,8 Millionen RMb. vorsah und dabei eine Einnahme von 20,15 Millionen erzielen wollte (für die RMb. also durchschnittlich 1,07 M.) sind wirklich erzielt worden: eine nupbare Abgabe von 33,2 Millionen RMb.; eine Gesamteinnahme am Stromverkauf von 35,5 Millionen RMb. Von dieser Einnahme muß aber die lediglich als Finanzabgabe zur Deckung allgemeiner städtischer Ausgaben für Besoldungen und Gehälter im Dezember 1920 beschlossene Abgabe von 0,20 M. pro RMb. mit einer Summe von 1,7 Millionen M. abgesetzt und der Stadtkasse besonders überwiesen werden. Hiernach ist die wirkliche ihm verbleibende Einnahme rund 33,75 Millionen M. (= pro RMb. 1,01 M.).

2. Die Mehrerzeugung von nupbaren 14,4 Mill. RMb. erbringt somit eine Mehrung der Einnahme von 13,6 Millionen M. Die Mehrerzeugung war veranlaßt durch das Bedürfnis der Mannheimer Industrie, die statt 7 060 000 RMb., wie im Voranschlag vorgesehen, 17,6 Millionen RMb. abgenommen hat; der Lichtstrom stieg von 1,5 Millionen RMb. auf 2,9 Millionen, der allgemeine Kraftstrom (B-Strom) von 2,7 Millionen RMb. auf 4,46 Mill. RMb.

3. Daß der Mehrbedarf befriedigt werden konnte, ist auf unvorhersehbare Umstände zurückzuführen: a) auf die Möglichkeit, 7,4 Millionen RMb. Nachtstrom zu beziehen, welchem Bezug eine Rücklieferung von Dampfstrom in der Höhe von nur 2,3 Millionen RMb. gegenübersteht; b) auf Kohlenzukauf und Verwendung von minderwertigen Brenn-

stoffen aus dem Gaswert; hierdurch konnten etwa 9 Millionen RMb. durch Dampf gewonnen werden.

4. Die Mehreinnahme aus der gesamten Mehrabgabe betrug (roh) 13,6 Millionen M.

Dieser Robeinnahme steht gegenüber: Mehrkosten für Kohle rund 2 005 Millionen, für Nachtstrom 2 163 Millionen, sonstige Ausgaben 0,250 Millionen, insgesamt 4 168 Mill., so daß noch eine Mehreinnahme verbleibt von rund 9,2 Mill.

5. Infolge äußerster Sparbarkeit erforderte die Wertunterhaltung nicht 2 657 000 M., sondern nur 1 600 000 M., so daß der Ueberschuß sich aus Ersparungen um rund 1 Mill. Markt erhöht.

6. Rund 500 000 M. wurden aus Installationen, Zählermieten und sonstigen Anfällen erzielt.

7. Der Mehrüberschuß der vorläufigen Rechnung 1920 gegenüber dem Wertvoranschlag beträgt rund 10,7 Millionen M.

Auch dieser günstigere Abschluß steht außer Zusammenhang mit irgendwelcher Preispolitik; der Strompreis stieg nur um 1. Mai 1920 von 2,30 M. auf 2,70 M.; diese Steigerung ist im Voranschlag bereits berücksichtigt. Die Kohlenkaufzeit um 1 Pfg. für Licht, 0,5 Pfg. für Kraft, 0,25 Pfg. für C-Strom war angemessen und üblich. Die Lichtpreise betragen zu Ende 1920 in Mannheim 270 Pfg., in Halle 206, in Bochum 233, in Karlsruhe 300, in Magdeburg 275, in Duisburg 230, in Düsseldorf 281, in Hannover 310 Pfennig. Im November 1920 konnte ein Teil des Mehrüberschusses nach den damals vorliegenden Ergebnissen, nämlich 5,8 Millionen M., im Zeitvoranschlag VII verwertet werden.

Wirtschaftliche Fragen.

Tagung des Verbandes der Hotelbesitzer Deutschlands.

OB. Wiesbaden, 16. März. Im großen Festsaal des Wiesbadener Kurhauses wurde heute vormittag die zweite Hauptversammlung des Verbandes der Hotelbesitzer Deutschlands durch den Vorsitzenden H. W. Rolte-Hannover eröffnet. Unter lebhaftem Beifall führte er aus: Wir fühlen uns nicht nur als Berufsgenossen in der berühmten Adersstadt Wiesbaden, sondern wir wollen insbesondere als alte Deutsche durch diese Tagung bezeugen, daß wir uns in jeder Hinsicht mit unseren deutschen Brüdern im besetzten Gebiet eins fühlen. Der Redner wies dann da-

Man warte nicht mit der Erneuerung der Post-Bestellung für das 2. Vierteljahr bis zu den letzten Tagen, sondern übergebe frühzeitig dem Briefträger oder dem Postamt die Bezugsbestellung auf den 5897 Mannheimer General-Anzeiger

rauf hin, daß die staatliche Wirtschaftspolitik und vor allem die Steuererhebung darauf hinausgehen, dem Hotelgewerbe das Dasein zu erschweren. Zwar der schwerste Schlag, die Einführung einer besonderen Umsatzsteuer in den Gaststätten, sei abgewehrt worden, aber es blieben noch genug Sorgen und Kasten, gegen die man ankämpfen müsse. Nach den offiziellen Begrüßungsansprachen erstattete Reichstagsabgeordneter Bentzien-Hannover ein Referat über das aktuelle Steuerwesen. Er wandte sich in einem erschöpfenden Ueberblick besonders gegen die Aufstellung und Vorbereitung einer Sonderbesteuerung des Hotelgewerbes, in der er einen schweren Hemmschuh für die Entwicklung dieses Berufes sieht. Seine Ausführungen, in denen er besonders betonte, daß man den Mittelstand nicht belasten dürfe, daß er die Arbeitsfruchtbarkeit verlore und die in der Bekundung eines starken Glaubens an die Zukunft Deutschlands gipfelten, ernteten stürmischen Beifall. Ein Antrag, die Ausführungen des Referenten im Druck erscheinen zu lassen und alsdann an alle Mitglieder und Stadterwaltungen zu versenden, wurde angenommen. Auf Antrag des Syndikus Schmidt-Röh vom Rheinischen Hotelierverbande wurde eine Entschließung gegen die Hotelgewerbesteuer einstimmig angenommen, in der gegen diese neue Steuerliche

Belastung härtester Einspruch erhoben wird. Zum Schluß der Vormittagssitzung sprach über die Notwendigkeit und Bedeutung der kaufmännischen Revision im Hotelgewerbe Dr. Kreuzer von der Hotelreuehand-Gesellschaft.

Städtische Nachrichten.

Aus der Stadtratsitzung vom 16. März 1922.

Das „vorzeitige“ Bekanntwerden der Millionenüberschüsse des Gas- und Elektrizitätswerts — Mangel an Verantwortlichkeit.

Der Stadtrat nimmt den Bericht des Oberbürgermeisters über den vorläufigen Rechnungsabluß des Gas- und Elektrizitätswerts für 1920 entgegen. Er bedauert den Mangel an Verantwortlichkeit, der die vorzeitigen Veröffentlichungen in der Presse ermöglicht hat. Die Rechnungen sollen nach Erhöhung der ganz unzulässigen Abschreibungen und durch Übernahme von Ausgaben berichtigt werden, die, obwohl sie Erntenerträge betreffen, bisher auf Kassen vermerkt worden waren. Auch nach von dem Verkaufserlös für elektrischen Strom ein Betrag von rund 1,7 Millionen Markt in Ausgabe gestellt und besonders der Summe überliefert werden, weil dieser Betrag der im Dezember 1920 als Finanzabgabe beschlossenen Erhöhung des Preises um 0,20 M. für die Rechnungsjahre 1919 erzielten Ueberüberschusses nach oben liegt und Verlage an den Bürgerauschuß erstattet.

Zu einigen, mehr formalen Änderungen der Vergütung der Feuerordnung, die wegen erfolgter Beanstandung durch den Bundesfinanzamt vorgenommen werden müssen, wird die Zustimmung des Bürgerauschusses eingeholt.

Neue Erhöhung der Kanal-, Müllschub- und Straßeneinigungsgebühren.

Für die Benutzung der Kanäle, der Müllschub- und Straßeneinigungsanstalt wird eine Gebühr beschlossen, durch die die Gebührenerhebung einheitlich geregelt wird. Die Zustimmung des Bürgerauschusses ist noch einzuholen. Die Begründung dieser Gebühr und der Voranschläge werden — vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerauschusses — die Kanal-, Müllschub- und Straßeneinigungsgebühren vom 1. April 1922 wie folgt festgelegt: Kanalgebühr 7 Prozent des Nutzungswerts (bei Fäkalienentlastung), 5 Prozent des Nutzungswerts (ohne Fäkalienentlastung), Müllschubgebühr 14 Prozent des Nutzungswerts, Straßeneinigungsgebühr 10 Prozent des Nutzungswerts.

Im Zusammenhang mit der neuen Gebührenerhebung soll auch die Erhebung der Kanalgebühr in Rheinau in der gleichen Höhe wie in der Altstadt vom 1. April 1922 durchgesetzt werden.

Der Voranschlag der Straßeneinigung wird beraten und zur Vorlage an den Bürgerauschuß genehmigt. Die Gebühr für die Verwaltung der in der Straßeneinigung wegen gesunden Gegenstände mit auf 5 Mark für jeden Gegenstand erhöht.

Uebertret in Höhere Lehranstalten.

In wenigen Tagen tritt, so wird uns von zuständigen Stellen geschrieben, an die Eltern, die ihre Kinder einer höheren Schule zuführen gedenken, die entscheidungswichtige Frage heran, welche der bestehenden Höheren Anstalten als künftige Schulbahn für das Kind gewählt werden soll. Allein nicht nur die Wahl der Schule, sondern auch der Zeitpunkt der Ueberführung der Kinder aus der Grundschule (Volksschule) in die höhere Schule muß von den Eltern reiflich überlegt werden. Das Reichsgrundschulgesetz vom April 1920 legt aus wohl erwoogenen Gründen die Dauer der Grund-

Gegen rauhe aufgesprungene Haut CREME MOUSON vollkommenstes Hauptpflegemittel

Die Lesemappe 3 wird Ihnen schon für nur Mk. 1.50 jede Woche in richtigen Portionen frei in's Haus gebracht. Diese Lesemappe enthält: Welt und Heimat und Meer — Die Gartenwelt — Buch für Alle — Wortschatz — Fliegende Blätter — Magischer Bitter — Jugend — Spielpläne — Berliner illustrierte Zeitung — Gegenwart. Ueber andere Zusammenstellungen verlangen Sie unseren Prospekt. Lese-Zirkel Francken & Lang, L 14. 9

Märztag.

Ein leichtes Feuer flackert im Kamin, Im Hofen schimmert schon das erste Grün. Fast rührt die Sonne in den stillen Raum. Fern ruht die Amstel ihren Frühlingstraum. Ein Hauch, der die Gorgone lockt bewegt, Von Garten her den Ruch der Erde trägt! Und Kinder spielen draußen Ringelspiel. Du läßt mich lächelnd, Liebste, nun allein? Ein Kniffel, dann singt Ragaris helles Herz — Die Fenster auf! Steigt, Lieber, himmelwärts, Und sag den Wolkten und dem Frühlingwind, Daß wir so glücklich, o so glücklich sind!

Subwig Bäte.

Aus dem Leben für das Leben.

II. Bringe eine Entschuldigung nur in den Fällen vor, in denen du wirklich etwas zu entschuldigen hast. Viele Menschen haben die Angewohnheit, ihre Anreden, Ansprachen usw. stets mit den Worten: „Entschuldigen Sie“ oder ähnlich zu beginnen. Das ist aber sinnlos und überflüssig, wenn man nichts zu entschuldigen hat. Wenn dein Besuch erwartet oder gar verlangt worden ist, so brauchst du die Entschuldigung nicht noch zu entschuldigen; wenn du von einem Beamten etwas innerhalb seines ihm zugewiesenen Wirkungskreises verlangst, so brauchst du dich über die Befähigung nicht zu entschuldigen; wenn du einen Arzt oder Rechtsanwalt innerhalb seiner Sprechstunden konsultierst, so brauchst du nicht um Entschuldigung zu bitten, daß du seine Zeit in Anspruch nimmst. Nur in den Fällen, wo deinerseits ein Verschulden vorliegt, bedarf es einer Entschuldigung. 3. Wenn du dich verspätet hast, später kommst, als man gemäß einer Vereinbarung dich erwartete oder bestellt hat. Dagegen mußst du dich entschuldigen, wenn du von einem Beamten etwas außerhalb seines Wirkungskreises verlangst oder einen Arzt oder Rechtsanwalt außerhalb seiner Sprechstunden angehst. Dann aber genügt die Forderung: „Entschuldigen Sie“ nicht, ein höflicher Mensch wird dann um Verzeihung bitten und, wenn seinem Gesuche willfahren ist, mit seinem Dank nicht zurückbleiben.

weiltes Leid ist eben nur noch halbes Leid. Das ist aber nur richtig im Hinblick auf die großen Lebensorgen und -lasten. Wenn der Mann alle Kleinigkeiten Widerwärtigkeiten im Geschäft oder im Amt der Frau lang und breit mitteilt, darüber den ganzen Tag reden und räsonnieren wollte, wenn die Frau dem müde, abgearbeitet und abgepaant aus dem Geschäft oder Amt heimkehrenden Mann allen Hausarbeit, Verdruß mit den Dienstboten, Unannehmlichkeiten mit den Mitbewohnern oder Nachbarn weiltätig vorzogen und aufzählen wollte, so würde das ganz verkehrt sein und das Glück und den Frieden in der Ehe gefährden. Solchen „Hoffungsjäger“, wie Wollig in der „Stromtid“ sagt, kann jeder Ehegatte in seinem Departement allein abmachen. Kommt die Familie nach getaner Tagesarbeit zu den Mahlzeiten oder zu Ruhe- und Erholungsstunden zusammen, so soll eitel Sonnenschein, Ruhe und Frieden herrschen. Nur so kann eine rechte Erholung und Stärkung zu neuer Arbeit stattfinden. Schlummern genug, wenn große Sorgen da sind, man soll sie nicht durch Kleinigkeiten noch vergrößern.

Schlechte dein Kind früh ins Bett. Ganz verkehrt ist es, wenn man die Kinder des Abends künstlich wachhält in der Annahme, daß sie, wenn sie spät zu Bett kommen, auch desto fester und länger schlafen werden. Solches Verfahren schadet den Nerven und der Gesundheit des Kindes in geradezu empfindlicher Weise. Man kann nur Mitleid mit den armen Wärmern haben, denen die Augen vor Müdigkeit zufließen, und die durch allerhand Mittel vom Einschlafen abgehalten werden. Solche Kinder werden auf einmal nervös, sind, wie man sagt, über den Schlaf weg, bleiben nun lange wach und schlafen schließlich nun unruhig und kurz. Kinder müssen zeitig und zur Ein für allemal bestimmten Stunde ins Bett. Kinder bis zu 5 Jahren sollte man zwischen 8 und 6 Uhr zu Abend essen lassen, sie sollten spätestens um 7 Uhr im Bett liegen. Sie werden dann bald von selbst einschlafen, ruhig die ganze Nacht über schlummern und am anderen Morgen durchaus nicht zeitiger wach werden, als wenn sie später zu Bett gebracht worden wären. Ihre Nerven sind durch den erquickenden Schlaf gelockert und allen Stürmen des Tages gegenüber widerstandsfähig. Bei größeren Kindern kann man die Stunde des Zubetgehens allmählich hinausschieben, aber bei noch im Wachstum befindlichen nicht über 9 oder 9 1/2 Uhr.

Sage nicht: „Es geht nicht“, sondern höchstens: „Es ging nicht“. Viele Menschen verzagen leicht, wenn nicht sofort ihre Anstrengung ihre Mühe, ihre Arbeit mit Erfolg gekrönt ist. Sie erlahmen bei dem geringsten Hindernisse und sagen dann: „Es geht nicht“. Es wäre aber in vielen Fällen doch gegangen, wenn sie mehr Umsicht, mehr Ausdauer, mehr Willenskraft gezeigt und nicht alsbald am Erfolge gewissheit hätten. Manchmal liegt

auch nur Bequemlichkeit, Trägheit oder Gleichgültigkeit vor, man unter dem Deckmantel: „Es geht nicht“, zu verbergen sucht. Geht wirklich einmal eine Sache nicht, so sollst du noch lange nachsorgen: „Es geht nicht“, sondern höchstens: „Es ging nicht“. Denn wenn du nachträglich noch weiter nachdenkst, nach mehr probierst, eine Weile wartest und die rechte Zeit und Gelegenheit abpasst, siehe da, dann geht es doch noch.

Lebe nicht immer vom Kommen nach Schlechtere Zeiten. Wie oft hört man reden: „Paffen Sie auf, es ist noch schlimmer, aber es wird noch viel schlimmer werden; und zu Grunde gehen“ — „Es geht nicht“, sondern höchstens: „Es ging nicht“. Aber solche Zukunftsprophetieungen sind geradezu ein Verbrechen am Vaterlande. Denn das Ausland hört es, glaubt es wahr und schickt uns daher, statt zu helfen, ruhig zu verberben. Im Gegenteil, daß wir Deutsche noch am glänzendsten Zusammenbrüche erleben, sie lassen uns daher, statt zu helfen, ruhig zu verberben. Teil, ohne sich einem utopischen Optimismus allzuweit hinzugeben, und den Ernst der Lage zu verkennen und zu verteidigen, kann auf und gebe Ratsschläge und Winke, wie man bessere Zeiten herbeischaffen kann. Dann werden solche schon allmählich kommen, in schlechteren Zeiten aber ausbleiben.

Kunst und Wissen.

Joseph von der Goltz hat gestern auf Einladung der Theaterkünstlerverbände aus einer eigenen Dichtung ein Theaterstück verfasst, das in einer Romanform, die sich dem Theaterkulturbereich, der so „Kreuz“ auf sein weites Gebiet ausbreiten soll, darstellt, und es mußte er sich dem Vorproben, einen Dichter Prosa lesen zu hören, den wir als Dichter kennen und schätzen lernten und von dessen dramatischen Schaffen wir recht gern ein noch ausgearbeitetes Bild erhalten hätten. Nun war es aber ein Romanstück, das von der Goltz in der Form eines Theaterstücks verfasst wurde, und zwar handelte es sich um die Geschichte eines bösen Menschen. Der Dichter schloß daraus, daß es sich um eine sehr alltägliche Begebenheit handelte, die sich dem Werkstoff des Dramas eignet, soweit das Drama die Erkenntnis der menschlichen Natur weniger als abstrakt. Mit ganz unvergleichlicher Klarheit hat hier ein Dichter die Fische eines Wortwechsels, der ein Wort eines Dichters zu ergreifen verstanden, indem er sie vorerst mit allen Verstandungen, Einbräuen und Erörterungen, dann diese Verste ausgeht, in den Zustand bösen Menschen überführt. In einer bildreichen, oft dämonisch klaren Sprache sind nur innere Vorgänge geschildert und darin bestand die Intention



Wichtig auf volle vier Jahre fest. Leider wurden jedoch in Rücksicht auf die preussischen Verhältnisse gewisse Uebergangsbestimmungen getroffen, die bis zum obigen Abbau der preussischen (dreijährigen) Vorstufe — bis zum Jahre 1924 — die Möglichkeit eines Ueberganges auch in Baden bereits nach dreijährigem Volksschulbesuch erlauben. Die Verlockung für die Eltern, von dieser „Vergünstigung“, die den „Gewinn“ eines Jahres verspricht, Gebrauch zu machen, ist sehr groß. Da ist es Pflicht zu überlegen: Sind die Kinder nach einem nur dreijährigen Besuch der Volksschule den Anforderungen des Lehrgangs der höheren Schule in erwünschtem Maße gewachsen? Hören wir darüber einen hervorragenden badischen Schulmann, den früheren Direktor der Oberstufenschule, Senator von Salimkür. In seiner Schrift „Die Einheitschule“ führt er aus:

„Der Unterricht in den untersten Klassen der höheren Lehranstalten gibt, da er für die Erlernung der Formen der Fremdsprachen eine sehr große Zahl von Lehrstunden und die besten Kräfte der Schüler in Anspruch nimmt, diesen den ihrer geistigen Entwicklung entsprechenden Stoff nicht. Die grammatischen Kategorien, mit denen der elementare fremdsprachliche Unterricht arbeitet, setzen eine Abstraktionsfähigkeit voraus, die in der Unterstufe der Volksschule noch nicht ausgebildet werden kann. Man begnügt sich daher mit Terminologien, deren Sinn von den Schülern noch nicht erfasst wird. Die Hauptsache bleibt das mechanische Erlernen der Formen, wobei die Beziehung auf die entsprechenden Bildungen der Muttersprache einige Hilfen geben könnte, wenn ein dafür ausreichender Unterricht in dieser vorausgegangen wäre. Was darnach die Fremdsprachen für die Entwicklung des kindlichen Geistes bieten ist ganz ungenügend; 9 bis 10jährige Kinder wollen erst in der weiten Welt, in die die Schule sie hinausgeführt hat, einmal heimisch werden. Da gibt es noch so viele Wunder zu sehen, so viele Eindrücke vom geistigen und sittlichen Leben der Völker, in sich aufzunehmen, daß das Einlernen von Deklinationen und Konjugationen geradezu einen Verzicht auf die naturgemäße geistige Nahrung dieser für die Entwicklung der kindlichen Anschauung sehr wichtigen Lebenszeit bedingt. Das muß man denjenigen entgegenhalten, die nicht begreifen können, warum diese Kinder, die in der Volksschule einen aufgeweckten Sinn haben, in den höheren Schulen ganz versagen. Es wird nicht schwer sein zu zeigen, daß der Grundbau unseres Erziehungs-systems breiter angelegt werden muß.“

Und Oberstudienrat Reuendorf in Waldheim a. Ruhr sagt seine Erfahrungen, die er im Lehrgang der höheren Schule mit Schülern aus der dreijährigen Vorstufe und mit solchen aus der vierjährigen Unterstufe der Volksschule gemacht hat, also zusammen:

„Ich habe auf Grund von Feststellungen, die ich über 15 Jahre erheben, für die Mannheimer höheren Schulen errechnet, daß die Zahl der Vorkünder, die im späteren Verlauf der Schulzeit einmal oder mehrmals sitzengeblieben sind, verhältnismäßig größer ist, als die Zahl der Volksschüler. Ich kann dafür nur eine Erklärung finden: Die Zeit der Vorbereitung auf den Besuch der höheren Schule ist zu kurz. Ein Jahr bedeutet in dieser Zeit unendlich viel. Geistige Kraft braucht Zeit zum Reifen. So wichtig ist die Mitwirkung der Zeit, daß das eine schreckende Zahl der Vorkünder auch durch sachgemäßere Lehrweise, bessere Lehrer und kleinere Klassen der Vorkünder nicht ausgeglichen werden kann. Wir wollen auf alle Fälle daran festhalten: es hat unseren Vorkündern gefehlt die Volksschule, die mit vierjähriger Vorbildung in die Sekunda traten, waren besser daran. Ihre Vorbildung hat sich bewährt. Wozu also das Bewährte ändern?“

„An der Zeit: Wer es gut mit seinem Kinde meint, wer will, daß es mit körperlicher und geistiger Frische, mit der notwendigen geistigen Reife an die Aufgaben der höheren Schule herantrete, führe sein Kind erst nach vollen vier Volksschuljahren einer höheren Lehranstalt zu. Die Bemehrung der Fernfreude, die selbständige Eingabe und der fröhliche Akt, mit dem das Kind an die geistige Unterrichtsarbeit herantreten kann, wenn ein gesunder Unterbau in seinem Wissen und Können vorhanden ist, ist mehr wert als der sehr fragwürdige Gewinn eines Jahres.“

**II. Reisen nach dem Saargebiet.** Zur Behebung von Zweifeln, in welcher Weise man bei Reisen nach dem Saargebiet angefaßt der Währungsunterschiede die billigsten Fahrpreise erreichen kann, mögen nachstehende Ausführungen dienen: Den Reisenden nach dem Saargebiet ist zu empfehlen, stets eine direkte Fahrkarte nach ihrer Zielstation im Saargebiet zu lösen, da der von den Fahrkartenausgabestellen zur Anwendung kommende Umrechnungsstempel für den in Frankfurt zu erwerbenden Beförderungspreis für die Saar- und Saarstrecken den Tageskurs der Bank nicht erheblich übersteigt. In den meisten Fällen, insbesondere bei Benützung von Schnellzügen, werden die Reisenden die Erfahrung machen, daß sich bei Lösung einer Fahrkarte nach einer Grenz- oder anderen Unterwegstation einer höheren Fahrpreis zahlen müssen, als bei der Lösung einer direkten Fahrkarte nach der Zielstation im Saargebiet. Bei Lösung einer Fahrkarte nach einer Grenz- oder anderen Unterwegstation und Benützung eines Schnellzuges muß der Reisende gewärtig sein, daß er den Schnellzugzuschlag für die Strecken der deutschen Reichsbahn oder die Strecken der Eisenbahnen des Saargebietes doppelt bezahlen muß. Bei Reisen aus dem Saargebiet empfiehlt es sich unter allen Umständen, eine direkte Fahrkarte bis zur Zielstation der deutschen Reichsbahn zu lösen, weil von allen Fahrkartenausgabestellen des Saargebietes die Fahrpreise für die Saar- und Saarstrecken in Frankfurt und für die Strecken der deutschen Reichsbahn in Markt erhoben werden.

**III. Bevorstehende Schließung der Schauspielhäuser.** Der Verband sächs. Schauspieltheaterdirektoren, der die Unterwerfung Bayerns, seitens des Abends. Der Dichter ist ein viel zu unvorteilhafter Ermittler seines eigenen Wertes, als daß er ihm geglaubt wäre, seine Führerschaft dauernd an sich zu fesseln. Der Vorleser ist der Dichter sein eigenes Programm, dessen oberstes Gesetz die Abwechslung heißt. Der Theaterkulturverband ist seit langem nicht mehr beirrt, dieser Forderung Geltung zu verschaffen. Der Welt ist an geistigen Abend galt ganz und gar der Persönlichkeit als Haupt von der Welt, der als der Dichter von „Vater und Sohn“ unter geworden war.

**IV. Vom Freiburger Kunstleben.** Aus Freiburg i. Br. wird uns geschrieben: Unlängst anschaulich künstlerische hat sich vor einigen Jahren der Rheinländer Johannes Thiel angegliedert, dessen Arbeiten dem Kenner schon lange Bekanntheit sind. Jetzt tritt er vereint mit einer Gesamtausstellung in den Hallen des Kunstvereins auf und zeigt sich zugleich als scharfsichtiger und technisch reifer Postimpressionist, der Porträt und Landschaft gleichermaßen mit ihm auszeichnen, welche Tüfte sodenständiger, badiischer Gesichte ihm Anregung gegeben hat für seine leuchtenden und wichtigen, alle wesentlichen Wirklichkeit ins Große, Dauernde erhebenden Schöpfungen — und eben so bewundernswert eine Technik, die zu ungewöhnlichen durch pathoshaften Wurf. Auch im Bildnis hält Thiel das Charakteristische fest, und wie er eine Gestalt zur allgemeinen Bewunderung zu steigern versteht, zeigt uns ein badiischer Beamter in der Gestalt, der eine ganze zeitgeschichtliche Epoche verkörpert. Unwichtig ist Thiel die Sprache bildlicher Leidenschaft und Erfindung verleiht, und von seinem Humor zeugen nicht nur ausgestellte Zeichnungen, sondern auch mannigfache Buch-Illustrationen. Offenbar ist hier eine ungewöhnlich reiche Begabung am Werk, sich seinen eigenen Blick an der Sonne dauernd zu sichern.

**V. Rücktritt Bruno Walters?** Der Generalmusikdirektor der Mannheimer Staatstheater, Bruno Walter hat, wie die M. N. N. melden, sein Entlassungsgesuch eingereicht. Schon seit längerer Zeit laufen herumgehende Gerüchte um, daß Bruno Walter sich mit dem Gedanken trage, seine Mannheimer Tätigkeit abzuschließen. Generalmusikdirektor Bruno Walter ist ein mit mehreren tausend Menschen unterzeichneter Brief angegangen, in dem ihn auf die Forderung und wärmsten Dank für die großen künstlerischen Leistungen, die er in Oper und Konzertsaal mit seiner genialen Schürung hat. Mit diesem Ausdruck bewundernder Verehrung wird ihm die Bitte ausgesprochen, daß er München treu bleibe, das durch seinen Weg eine schwere Einbuße in seinem künstlerischen Leben erleiden würde.

Baden, Württemberg, Hessen und Hessen-Nassau in sich schließt, hielt in Stuttgart eine Mitgliederversammlung ab, die den einstimmigen Beschluß faßte, als Protest gegen die hohe Luftschiffsteuer, die den Luftspieltheatern auferlegt sind, und die Verletzung und den Zusammenbruch des gesamten Luftspielgewerbes unbedingt in naher Zeit mit sich bringen müßten, von einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt ab sämtliche Luftspielunternehmungen zu schließen.

**Veranstaltungen.**

**3. Theaternacht.** Die morgige Aufführung von „Figaros Hochzeit“ dirigiert Erich Kleiber, musikalischer Oberleiter der Düsselbacher Oper und Direktor der Darmstädter Konzertgesellschaft auf Antstellung, als Erfolg für den auf Schluß der Spielzeit aussehenden ersten Kapellmeister Franz von Hochlin. — In der Kaufmännischen von Schillers „Wilhelm Tell“, die am Samstag, 25. März zum ersten Male im Nationaltheater in Szene geht, spielt die Titelfigur Rudolf Wittgen.

**3. Merkel Singling.** Hi der Titel der Nibelungen-Veranstaltung am morgigen Sonntag Abend, Kammerfänger Dr. Paul Ruhn, der auf seine Gastspiele hin auf mehrere Jahre der Wiener Staatsoper verpflichtet wurde, und seine Gattin, Kammerfängerin Charlotte Ruhn-Trunzer, die in diesen Tagen ein Gastspiel an der Mannheimer Oper absolviert, sind die Gastsänger dieser Veranstaltung, in der Volks- und Liebesoper als Solosänger und Duette zu Gehör kommen werden. Kinder der Ballettschule bringen einige Tänzeinlagen, die von Ballettmästarin Annie Hans einstudiert sind. Das Orchester dirigiert die Fortsetzung in gewohnter Weise.

**3. Kammer-Singspiele.** D. 2. 6. Das neue Programm bringt den Bergfilm „Abrechnung“ mit dem bekannten Darsteller Olof Föhn, welcher mit bekannter Routine die Hauptrolle spielt. Die Handlung spielt zum größten Teil im Hochgebirge und bringt herrliche Naturaufnahmen. Der zweite Film „Die Gassen-Landl“ oder die Tragödie eines Modells, ist ein Liebesdrama, in welchem die schöne Darstellerin Traute Trautz die Doppelrolle der beiden Schwestern spielt (Volte Richter und Komtesse Edith). Der Film ist äußerst spannend von Anfang bis Ende. Ein Besuch ist zu empfehlen.

Spielplan des National-Theaters			Neues Theater		
März	Tag	Vorstellung	März	Tag	Vorstellung
19. S.	27	C Die Hochzeit des Figaro	7		Börsenlieber
20. M.	27	A Der Vogelhändler	7		
21. D.	27	B Der Arzt am Scheideweg	7		7. Volksvorstellung: Der Vener aus Dingden
22. M.	27	D Die Troerinnen	7		
23. D.		A.M. Die Meistersinger von Nürnberg	6		
24. F.	28	C Bohème	7		Der Vetter aus Dingden
25. S.		A.W. Wilhelm Tell	6		Börsenlieber
26. S.	28	B Tanhäuser	6		
27. M.	29	C Tannhäuser	7		
		Ein Diener zweier Herren	7		

**Aus dem Lande.**

**Die Sterblichkeit in Baden im Jahre 1920.**

Nach den Erhebungen des Statistischen Landesamtes betrug die Zahl der im Jahre 1920 Gestorbenen (ohne die Leibesgeborenen) 32 753, d. h. 14,6 Prozent der mittleren Bevölkerung. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts belief sich diese Ziffer auf 27,9, im letzten Friedensjahre (1913) auf 15,2. Das Jahr 1920 hat also wohl die geringste überhaupt je in Baden festgestellte Sterblichkeit aufzuweisen. Von den Gestorbenen sind 78,0 Prozent in ärztlicher Behandlung gestorben bzw. hat ein Arzt die Todesursache festgestellt; 21,0 Prozent sind in Anstalten gestorben. Unter den Todesursachen steht die Altersschwäche an erster Stelle (11,1 Prozent aller Sterbefälle); an zweiter Stelle steht die Lungenschwindsucht (10,1 Prozent). Auch Lungenentzündung, Krebs, angeborene Lebensschwäche, Magen- und Darmkrankheit (Ergüßlinge) und Gehirnschlag (ältere Leute) spielen eine große Rolle. Von den übertragbaren Krankheiten erforderte die Influenza 1223 Opfer. Besonders Interesse beansprucht die Säuglingssterblichkeit. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts kamen auf 100 Lebendgeborenen 25,5 im ersten Lebensjahr Gestorbene; diese Verhältniszahl sank bis zum Jahr 1918 auf 13,8; im Jahre 1920 betrug sie 11,8. Damit hat im Jahr 1920 die Säuglingssterblichkeit in Baden einen außerordentlichen Tiefstand erreicht. Auch im Berichtsjahr war die Zahl der im Säuglingsalter gestorbenen Knaben größer als die der Mädchen; bei den Knaben betrug das Verhältnis 12,7, bei den Mädchen nur 10,0. Die Sterblichkeit der unehelichen Kinder erweist sich größer als die der ehelichen, diese belief sich auf 10,9 Prozent der im ersten Lebensjahr Gestorbenen, jene dagegen auf 19,0 Prozent.

**3. Heidelberg.** 17. März. Die Bavarbeiten am Neckar-Kanal hier seit einigen Wochen im Gang und werden in nächster Zeit auf die Strecke von Heidelberg bis zur Dörsheimer Gemarkungsgrenze ausgedehnt. Zwei große Trodenbagger haben mit dem Ausschachten des Kanalbettes begonnen, das von oberhalb der Heidelberger Eisenbahnbrücke (bei Weiblingen) bis zum Schwabenheimer Hof gegenüber von Eßlingen etwa in 40 bis 70 Meter Entfernung neben dem Neckar läuft und dann mit einer Doppelschleuse wieder zum Fluß hinabsteigt. Weitere Bagger werden benützt aufgestellt, und ein großer Felsbohrwagen- und Lokomotivpark ist bereits angefahren. Das Wehr bei Heidelberg wird 160 Meter breit sein und den Neckar aufstauen, so daß er eine tiefe und breite Wasserfläche im Stadtgebiet zwischen den Brücken bilden wird. Dadurch werden auch an den Ufern mancherlei Veränderungen nötig, zumal auch der Mühlkanal und das Lubbenhaus des Zementwerks fortfallen muß.

**3. Bruchsal.** 17. März. Zur Kühlung des Morbs in Unterwiesenthal am dem Landwirt Höpfinger hat die Staatsanwaltschaft eine Besoldung von 5000 M. ausgef. Heute fand durch Gendarmen eine Durchsuchung der Wohnung des Landwirts Freg statt. Ueber das Ergebnis ist noch nichts bekannt.

**3. Karlsruhe.** 17. März. Ein schwerer Raubüberfall ist an einem der letzten Abende in der Nähe des Vororts Ruppurr von noch unbekanntem Täter verübt worden. Der auf dem Weg nach der Gartenstadt Klein-Ruppurr befindliche etwa 30jährige Lehrer Glos aus Witzheim wurde von einem Unbekannten angesprochen mit der Bitte, auf die nahe liegende Wiese zu kommen, es liege dort jemand, dem ein Unfall zugefallen sei. Der Lehrer folgte dem Unbekannten und wurde in dem Augenblick, als er sich nach einer am Boden liegenden Person bückte, von hinten überfallen und niedergebrosen. Die Ganner stießen dem Ueberfallenen einen Knobel in den Mund und brachten ihn in den naheliegenden Wald, wo sie ihm Kopf, Weste, Schuhe, seine Brieftasche mit 4700 Mark, seine Uhr und andere Gegenstände abnahmen. Infolge der körperlichen Wühlhandlung konnte der Ueberfallene nur mit Mühe und nur spärlich bekleidet die Wohnung seines Schwagers in Klein-Ruppurr, bei dem er zu Besuch weilt, erreichen. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

**3. Pforzheim.** 17. März. Weil er den Haus Schlüssel vergessen hatte, versuchte der 44 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Köhler in Pforzheim nachts um 3 Uhr mittels einer Leiter in seine im 4. Stock gelegene Wohnung zu gelangen. Er stürzte aber ab und erlitt einen Bruch der Wirbelsäule. Mit dieser schweren Verletzung blieb er bis zum Morgen liegen. Nachdem man ihn aufgefunden hatte, wurde der Mann ins hiesige Krankenhaus gebracht. Er ist infolge der Verletzung körperlich vollständig gelähmt. Ob er mit dem Leben davon kommt, ist sehr fraglich.

**3. München.** 17. März. In der Nähe von Kirchsee ließ sich der 30jährige Steinbrucharbeiter Thiele von Stockburg von einem Zug überfahren und wurde auf der Stelle getötet. X. Schluchsee bei St. Blasien, 16. März. Eine schwedische Hotelkette stellt sich auf das Hotel am „Eierstein“ um 2 1/2 Millionen Mark erworben; die gleiche Gesellschaft hat auch den Hotelbauhof in Fischbach und die Villa Kleiser bei Seeburg gekauft. Für den Hof sollen 400 000 Mark bezahlt worden sein.

**3. Meßkirch.** 17. März. Die Gendarmen hat den 17jährigen Dienstknecht Mathias Beiser und dessen Stiefbruder Soos unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet. Man nimmt an, daß Beiser aus Rache das Haus des Landwirts Gaidler in Brand gesetzt hat, das bekanntlich auch eingestürzt worden ist.

**3. Waldshut.** 15. März. Einem gefährlichen Gauner ist die Hofschmittin Verona Doebele in Wehlersdorf zum Opfer gefallen. In einem der letzten Abende erschien bei ihr ein Individuum, der sich als Kriminalbeamter ausgab und einen gefälschten Ausweis vorlegte. Er erklärte, Frau Doebele könnte gegen Hinterlegung von 15 000 M. auf freiem Fuß gelassen werden. Die Frau hatte aber nur 10 000 M. zur Hand; der fälsche Kriminalbeamte gab sich auch mit dieser Summe zufrieden und verschwand.

**Aus der Pfalz.**

**3. Mutterstadt.** 15. März. Die Sammlung für das pfälzische Liebeswerk für das Diakonissenhaus in Speyer, Wachen-Spenderdorf und andere Anstalten ergab bei den Protestanten von hier 14 550 M., die Kirchenkollekte für die prot. Deutsch-Russen zusammen 770 M.

**3. Oppau.** 17. März. Zwei schwere Steine wurden von verbrecherischen Händen nachlässigerweise in der Nähe von Oppau auf die Schienen der Lokalbahn gelegt. Der Fräulein von Friesenhelm kam dadurch in große Gefahr. Für die Ermittlung der Täter sind 3000 M. Beibehaltung ausgef.

**3. Neustadt a. S.** 17. März. Der hier wohnhafte verheiratete Tiroler Ferdinand Prell hat sich in der Nähe von Hochlin in selbstmörderischer Absicht auf das Schenkensteig gelegt und ist vom D-Zug überfahren worden. Der Kopf wurde ihm vom Rumpfe getrennt.

**3. Albersweiler.** 15. März. Ein 64jähriger Knabe und das gleichaltrige Töchterchen des Maurers Maier von hier zündete am Sonntag nachmittags einen Rahn an und setzten sich zu dem „Feuerziele“, bis die Kleider des Mädchens in Brand gerieten. Obwohl sofort Hilfe zur Stelle war, waren die Kleider schon fast am Leibe verbrannt und hatten so große Brandwunden verursacht, daß das Kind am nächsten Tage unter größtlichen Schmerzen gestorben ist.

**3. Landau.** 15. März. In Sagenheim hat der Eisenwarenhändler August Bourquin schwere Blutschuld gegen seinen Bruder Adolf auf sich geladen. Nach einem Streit, der unter den Brüdern nichts Seltenes war, schoß er ihm in den Unterleib; eine zweite Kugel ging in den Arm. Biletsch gelang es, den Verletzten zu retten. Der Täter ist geflüchtet.

**Serichtszeitung.**

**3. München.** 17. März. Der 21 Jahre alte ledige Hilfsarbeiter Georg Klingler, der sich Dynamit und Zündstacheln zu verschaffen suchte und 3 selbstgefertigte Bomben unweit Dürkelsbühl zur Explosion brachte, wurde wegen versuchten Mordes in Tateinheit mit einem Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz zu 9 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der mitangeklagte Ludwig Eberhard erhielt wegen fortgesetzten Verbrechens des Zuchthaus 3 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Weitere 4 Angeklagte wurden wegen des Verbrechens des Aufzuges zu je 1 Jahr Gefängnis verurteilt, ein Zimmermann zu 6 Monaten und ein weiterer Angeklagter wurde freigesprochen.

**3. Köln.** 14. März. Wiedrum verhängte das Bachergericht sehr empfindliche Strafen gegen eine Anzahl Bucherer und Schlechtbändler. So erhielten der Kaufmann Albert Dieckhaus aus Randerath 10 000 M. Geldstrafe, weil er Holz, das er für 55 M. den Kubikmeter eingekauft hatte, für 1300 M. wieder verkaufte, der beruflose Heinrich Böhmert aus Köln-Ehrenfeld 4 Monate Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe wegen Verleitung unverschulter Zigaretten, die Ehefrau Adam Tapper-Köln 4 Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe wegen Schlechtbändel mit unverzinstem Kasse und unverschulter Zigaretten und drei weitere Frauen wegen Preissteigerung mit Reich Geldstrafen von 2—3000 M.

**Neues aus aller Welt.**

**— Großfeuer.** Durch Feuer sind in Wödingen bei Kottenburg mehrere Wohnhäuser mit Scheuern vollständig eingestürzt worden. Eine Frau und ihr 12jähriger Knabe, die vom Feuer überrollt wurden, konnten sich nur durch einen Sprung aus 8 Meter Höhe retten. Die Frau erlitt dabei tödliche Verletzungen.

**— Die Ausplünderung des Saargebietes durch Ausländer,** besonders durch Lothinger, hat neuerdings solchen Umfang angenommen, daß Beauftragte der einheimischen Bevölkerung bei der Regierungskommission um sofortige durchgreifende Maßnahmen ersuchten. In einzelnen Grenzorten ist jedes Anwesen ein Geschäftshaus, vielfach ist die Grenze vollkommen offen und unbewacht, täglich rollen zahlreiche Lastkraftwagen und Fuhrwerke hochbeladen der Grenze zu, nachweisbar weilen täglich tausende von lothringischen Kulkauern im Saargebiet. In vielen Fällen ist die Ortspolizei gegenüber den Ausländern vollständig machtlos.

**— Die Einbrecherbande** und ihre Helfershelfer. Wie das „Hamburger Fremdenblatt“ mitteilt, hat die Untersuchung der Flugtuerche des Ein- und Ausbrechers Petersen sowie die anfangs Januar erfolgte Flucht von 4 anderen Zuchthäusern aus dem Zuchthaus Gefängnis ergeben, daß ein Ordnungspolizist den Plan zur Flucht mit dem Führer der 4 Zuchthäuser besprochen hat. Die Verbrecher sind inzwischen in Forst in der Gegend wieder ergriffen worden. Den Haupttäter von Petersen ermöglichten, den Wäldern zu folgen, zwei Hamburger Kesseln an wälte, denen nachgewiesen wurde, daß sie seitwärts regelmäßig Kurierdienste zwischen Petersen und den noch auf freiem Fuß befindlichen Mitgliedern der mehr als 100 Mann starken Petersen-Einbrecherbande durchzuführen hielten. Die beiden Redaktionsanwälte wurden verhaftet. Von der Bande Petersen befinden sich bereits 34 Mitglieder in Haft.

**— Zuchthäuser auf der Reise.** Wie die „B. S.“ berichtet, brach in einem Personenzug, in dem 33 Zuchthäuser von Götting nach Berlin befördert wurden, zwischen Frankfurt (Ober) und Fürstentum eine Revolte aus. Es kam zu heftigen Kämpfen zwischen den Wärtern und den Gefangenen. Einige Schwerverbrecher entkamen und konnten erst wieder eingelassen werden, nachdem man sie kampfunfähig gemacht hatte.

**— Verhaftung eines Mädchenhändlers.** Die Polizei in Straßburg ist einem Mädchenhändler, der sich Moralka Wajsmart nennt, auf die Spur gekommen, durch die Verhaftung eines 16-jährigen Mädchens, das in die Reihe des nun verhafteten Wajsmart geraten ist. Die Untersuchung hat ergeben, daß M. einen regelrechten Mädchenhandel betrieb und seine Opfer, nachdem er sie teilweise gewaltsam entführt hat, nach Brasilien verschleppte.

**Der beste Rat zu sparen ist es für jeden Haushalt, wenn Pfeiffer & Dillers edles Kaffee-Essen zu Bohnen- und Malz hinragenommen wird. Dann ziehen auch die Grundstoffe erst richtig aus und man braucht viel weniger von Bohnen, Gerste oder Malz!**

Originaldosen und Silberpakete zu haben in den Geschäften!

**Laboda Dragées**  
 Brust- und Hals-Dragées  
 schützen vor Erkältung, Husten, Heiserheit und Verschleimung.  
 In den Apotheken erhältlich.  
 Ferromanganin-Gesellschaft, Frankfurt am Main.











Mannheim  
Paradeplatz, E 1, 1-4  
**Fischer-Riegel**

# hat für Sie gesorgt

indem wir unsere Frühjahrseinkäufe rechtzeitig zu noch sehr billigen Preisen gefäfigt haben und nun in der Lage sind, mit Preisen aufwarten zu können, die der heutigen Marktlage bei weitem nicht entsprechen.

Unsere Auslagen geben Ihnen ein Bild der neuen elegantesten Frühjahrs- und Sommer-Garderobe für Damen, Mädchen und Kinder

**National-Theater Mannheim**  
Samstag, den 18. März 1922  
30. Vorstellung in Miets-Ablösung A  
(für 2 Plätze A 30)

**Der Arzt am Scheldeweg**  
Komödie in fünf Akten von Bernard Shaw  
in Szene gesetzt von Helms W. Voigt.  
Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

**Städtische Konzerte im Rosengarten.**  
Sonntag, den 19. März 1922, abends 8 Uhr im  
Nebelgassensaal:

**„Allerlei Singsang“**  
**Volks- u. Liebeslieder**  
einstimmig und zu zweien gesungen von  
Kammersängerin Charlotte Kahn-Branner und  
Kammersänger Dr. Paul Kuhn von der Wiener  
Staatsoper.

**Tanzeinlagen**  
von Kindern der Ballettschule des Nationaltheaters.  
Orchesterleitung: Ludwig Becker. — Am Flügel:  
Felix Anger.  
Karten zu 8.—, 10.— und 12.— Mk. im Rosengarten  
und Verkehrsvarein.  
Die Steuer ist in die Preise eingerechnet.  
Kein Wirtschaftsbetrieb.

Kassensunden im Rosengarten täglich 11—1 und  
1 1/2—4 Uhr, Sonntags mit Mk. 2.— Aufschlag  
von 11—1 und ab 3 Uhr bis Konzertbeginn

**Künstlertheater „APOLLO“**  
Abendlich 7 1/2 Uhr: S255  
**Das Programm der Sensationen**  
Morgens nachmittags 3 1/2 Uhr:  
**Fremdenvorstellung bei unkn. Preisen.**

**K. R.**  
Kabarett Rumpelmayer.  
9 1/2 Uhr abends, Sonntags 4 u. 5 1/2.  
Gastspiel HANS REIHWANN  
und das vorzögl. März-Programm.

**Friedrichs-Park**  
Sonntag, den 19. März, nachmittags 3—6 Uhr  
**Konzert**

S206 **Abonnements-Preise:**  
für Familien: die erste Karte . . . 70.—  
die zweite Karte . . . 50.—  
jede weitere Karte . . . 20.—  
für Einzelleute: . . . 70.—

**Ämtliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.**

Von Samstag, den 18. März ab: Je 750 Gramm  
Brot auf die Lebensmittelmengen No. 24 u. 25.  
Kohlschlacke: Ab Montag, den 20. März 1000 Gramm,  
bei 5 Pfund zu 4.40 für Karte No. 25.  
In der Zeit vom 11.—18. März wird außerordentl.  
Brot: 750 Gramm die Karte No. 28 und 29.  
Brotmehl zu 4.40 für das Pfund Weich  
die Karte No. 31.  
Brotmehl II ab 16. März nur bei nach-  
stehenden Bäckern erhältlich:  
Bismarck: Hermann, B. 5, 14. Ost. Kirchen-  
straße 17. Pump. U 4, 15.  
Rederhofs: Bidel, Friedrich, Gassenstraße 25.  
Einkl. Bidel, Waldhofstraße 3.  
Schwenkerstraße: Schmitzer, Marie, Rheinstraße-  
straße 52.  
Sindenhof: Dehl, Georg, Merleibstraße 8.  
Waldhof: Beringhagen, Karl, Waldhofstraße 21.  
Rederhofs: Boro, Philipp, Kaiser Wilhelmstraße 7.  
Rederhofs: Ebermann, Karl, Hauptstraße 26.  
Brot in den Geschäften des Kommissariats in  
S. 4, 10, Schwenkerstraße 22 und Waldhofstr. 26.

**Terminverlegung.**  
Termin zur Abgabe der Submissions-Angebote  
Schiffverarbeiten Seelung Lützenberg wird auf  
Sonntag, den 19. März 1922, vormittags 9 Uhr,  
verlegt.  
Hochbauamt.  
Am Dienstag, den 21. März 1922, ab. 10. 30. vorm.  
10 Uhr, werden im hiesigen alten Rathaus alle  
die Plätze zum Aufstellen von Speditionsverleis-  
nungen an den Reichsbahnen öffentlich veräußert.  
Der Einlagepreis ist sofort beim Aufschlag zu  
bezahlen.

**Gold- und Silbersäle APOLLO, G 6, 3**  
Samstag, 18. März bis Sonntag, 20. März  
**Großes Münchner Bockbierkellerfest**  
Dachauerkapelle — Bier vom Faß S255  
Heute abend 6 Uhr **Eröffnung.**

**Kammer-Lichtspiele**  
Nur noch 3 Tage!

**Die Gassenkönigin**  
Tragödie eines Modells  
6 Akte S264  
Hauptdarstellerin:

**Traute Traueneck**

**Abrechnung**  
ergreifendes Lebensdrama in 5 Akten mit  
**Olaf Fönss**  
Prachtvolle Aufnahmen aus dem Hochgebirge

**N 2, 13 Wilder Mann N 2, 13**  
Samstag, den 18. März, 8 Uhr und Sonntag, den  
19. März, 4 u. 8 Uhr. S2190

Gastspiel internationaler Künstler.  
Erstklassiges Schlager-Programm.

**Café Corso**  
Breitestr. J 1, 6 Breitestr. J 1, 6  
Heute großer bunter  
**Unterhaltungs-Abend**  
Mitwirkung 12. Kräfte mit verstärktem  
Orchester. S242  
**Anfang 6 Uhr.**

Neu renoviert! Neu renoviert!  
**Restaurant „Stolperneck“**  
Lenaustrasse 1, am Clignetplatz.  
Jeden Samstag und Sonntag

**KONZERT**  
Exportier — gute Weine  
Empfehle mich meinen wertigen Gästen. S2068  
Frau W. Lutz.

**Restauration z. Friedrichsring**  
R 7, 24 Telefon 7074.  
Heute und morgen grosses Schlachtfest.  
Kesschank 18% Erlanger Ostergold u. Einbaumbräu mit  
**Konzert, Bockbier-Schlörum.**  
Es laden höll ein: Franz Glönger. S2204

**Suche für Lastkraftwagen 5 t**  
**Transporte u. Fahren**  
für halbe, ganze Tage und Wochen event. wird  
unabhängig geföhrt. — Angebote erben unter E. M. 4  
an die Grsch. Hs. 111a, 3. St. S2184

Neu! Das Tagesgespräch in Mannheim ist das Neu!  
**Neue Weinhaus „Schwarzer Kater“, F 5, 21**  
Täglich: **Künstler-Konzert.**  
H. Weine. Kaltes Büfett H. Liköre  
S2189 Inhaber: Ph. Bröckmann. Neu!

**Hans Hildebrandt jr.**  
**Therese Hildebrandt**  
geb. Hag  
Vermählte  
Mannheim, 18. 3. 22. S2198

Nach langjähriger assistenzärztl. Tätig-  
keit, zuletzt 3 Jahre am hies. Wöchnerinnen-  
Asyl, habe ich mich als Facharzt für  
**Frauen-Krankheiten u.**  
**Geburtshilfe**  
niedergelassen. S2195  
**Dr. med. Ostertag**  
Mannheim, L. 7, 4a.  
Sprechstunden 1/3 bis 1/5 Uhr nachm.  
außer Samstag und Sonntag. Ruf 3705

Vom 18. März ab ist meine neue  
**Telephon-Nummer: 8943**  
**Dr. Leonie Salmomy**  
Kinderärztin, P 6, 20, II.

**Deutscher Monistenbund „Ortsgruppe Mannheim“.**  
Dienstag, den 21. März 1922, abends 8 Uhr  
Vortrag mit Lichtbildern von Prof. D. Berwegen,  
Unterleit Bonn über

**„Die Religionen der Menschheit**  
**und ihre Ziele“**  
mit anschließender Aussprache im großen Saale  
der Harmonie, D. 2, 9.  
Der Vortrag zu Nr. 1.— und Nr. 8.— in der Buch-  
handlung Stein, Friedrichsplatz 18, Partel-Buch-  
handlung S 2 23 und an der Abendkasse.

**Freiwillige Versteigerung.**  
Am Mittwoch, den 22. März, abends 8 Uhr, auf dem Lager-  
platz des 1. Obermüllers Georg Ebelmann in  
Röhrtal, Bismarckstr. Nr. 7, circa 100 Geräth-  
schaften, 8—9 in lang, 200 Gerüchle, Gerüchle,  
1 Rollwagen, 1 zweif. Handwagen, 2 Schub-  
stühle, 4 eiserne Speisepflanzen, 2 lange Seile mit  
Rollen, mehrere Räder, Büten, gelblich Metall-  
tortort und verschiedene Spielgeräth.  
Peter Vogelagerung, Dreisacker, 2770

**Terpentinölersatz**  
heil-, mildriechend, spez. Orwicht ca. 0,798 gr  
in großen Mengen lieferbar.  
Preis Mk. 15.— bis Mk. 16.— per Kilo  
freibleibend, oder billiger je nach Markt-  
lage in Kesselwagen od. Käufer's Plätzen.  
**Chemische Fabrik G. Spies & Co. G. m. b. H.**  
Frankfurt a. Main, Guttenstr. 204. F24

**Richard Dietrich, Flugzeugbau**  
Mannheim, Gr. Merzstr. 23, Fernspr. 8360  
Ausführung von Holz- und  
**Stahlrohr-Konstruktionen**  
Jeder Art. — Autogene Schweiß- u. Schweiß-  
Anlage. — Motorenreparaturen S2118

Höchste Preise  
für gebrauchte  
**Möbel**  
leichte ganze Einrich-  
tungen usw. S230  
L. Gottlieb, R 6, 1  
Volltante genügt.

**Statt besonderer Anzeige.**  
Hiermit machen wir Verwandten, Freunden und Be-  
kannnten die traurige Nachricht, daß meine gute Mutter,  
Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin  
und Tante  
**Frau Marie Fitzer Witwe**  
geb. Stamm  
gestern nachmittags 4 1/2 Uhr sanft im Herrn entschlafen ist.  
MANNHEIM (J 4a, 4), den 17. März 1922.  
Die trauernden Hinterbliebenen:  
**Familie Theodor Fitzer.**  
Die Beerdigung findet Dienstag, den 21. März, nach-  
mittags 3 Uhr statt. Kondolenzbesuche dankend erbeten.

**Ein Dinsing**  
überzeugt von den Vorzügen des Cigaretten-  
Gr. ist billig, praktisch und bestimmt die  
Cigaretten ausgerechnet  
Zum Gehen größerer Mengen Speisen nehme  
man Anstell-Cigaretten für einzelne Personen  
Cigaretten-Tabak  
Erhältlich in Rotenbäumen, Droge-  
handlungen und Apotheken.

**Für Wiederverkäufer, Wirte u. Kantinen.**  
Zu Fabrikpreisen:  
**Zigaretten**  
Verkaufspreis:  
30, 40, 50, 100, 200, 500, 1000  
höher. Saltem mit  
u. ohne Gold, Has-  
scharl, Dots, Zuban  
Eckstein, Neuer-  
burg, Salina,  
Osterr. Regie.  
Zigaretten. Verkaufspreis: 1.00,  
1.20, 1.50, 2.00 und höher. — Rein  
Liebersee, gute Fabrikate.  
**Rauchtabake.** Landfried, Car-  
stanjen, Hanfuo usw. usw.  
Kantabake, frisch einget. — Echte  
Regensburg. u. Offenb. Schnupftabake  
**Hans Klauber, T 4, 1.** Telefon  
8121.  
— Besichtigen Sie meine Schaufenster.

**Sie sparen**  
viel Geld, wenn Sie Ihren Bedarf an  
**Schuhwaren**  
Herren-, Damen-, Kinder-Schuhen  
beden im konkurrenzlos billigen  
Schuhhaus Müllecker, Waldhofstr. 17. S2828

**Platin-Gold- u. Silberschmelze**  
Weil & Weber, N 3, 2  
kaufen höchstahleud als  
Platin-Gold- u. Silbergegenstände.

**Ersatz für Straßenbahn**  
ist das elegante  
**Atlantic-Fahrrad**  
Verkaufsstelle S230  
Mannheim N 3, 13 b.

**Unterricht.**  
Wer befehlen Sie an  
**Englisch u. Französisch**  
für Prüfung u. Examen  
für 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30.  
die Weidlich. S200

**Italienisch**  
erstellt Dem, die 22 Jahre  
halten. Beständig gibt  
u. ihre Studien in Italien  
gemacht hat. Röhrtal  
zwischen 1—3 Uhr in  
1924 C. B. 17.

**Vermischtes.**  
**Ein Kind**  
2 Wochen alt, in Wägen zu  
geben. Ang. u. O. 10  
an die Weidlich. S2130

**Fox zugelassen**  
Abzugeben gegen Zurück-  
erstattung des Kaufpreises  
u. Rückerstattung des  
Kaufpreises. E. 2, 14. 15.

**Pianos**  
**Flügel**  
Harmoniums  
in stark. Ausführung  
Vornehme Zu-  
sammensetzung  
der Instrumente  
sprechend  
empfehle  
**HECKEL**  
Pianos  
Mannheim, O. 6, 10  
Königsplatz

**Starke Kopierpresse**  
gebraucht aber gut  
zu kaufen. Gebot  
erbeten unter D. 8. 22  
an die Weidlich. S2130